

SCHIEDSGERICHT

COUR ARBITRALE

CORTE ARBITRALE

ARBITRAGEHOF

COURT OF ARBITRATION

*Assoziation zwischen der EWG und den mit dieser Gemeinschaft
assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar*

*Association entre la CEE et les États africains et malgache
associés à cette Communauté*

*Associazione tra la CEE e gli Stati africani e malgascio
associati a tale Comunità*

*Associatie tussen de EEG en de met deze Gemeenschap
geassocieerde Afrikaanse staten en Madagaskar*

*Association between the EEC and the African and Malagasy States
associated with the Community*

The following blank pages have been deleted:

2, 4, 6, 34, 36, 64, 66, 92, 94, 96, 124, 126.

Schiedsgericht

**der Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und den mit dieser Gemeinschaft
assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar**

INHALTSVERZEICHNIS

I - Assoziierungsabkommen vom 29. Juli 1969 (Artikel 41 und 53)	7
II - Protokoll Nr. 9 vom 29. Juli 1969 über die Vorrechte und Befreiungen (Artikel 11)	9
III - Protokoll Nr. 10 vom 29. Juli 1969 über die Verwaltungskosten der Organe der Assoziation (Artikel 3)	10
IV - Satzung des Schiedsgerichts	11
V - Verfahrensordnung des Schiedsgerichts	18

I - ASSOZIIERUNGSABKOMMEN VOM 29. JULI 1969 (1)

Artikel 41

Die Organe der Assoziation sind :

- der Assoziationsrat, der vom Assoziationsausschuß unterstützt wird,
- die Parlamentarische Konferenz der Assoziation und
- das Schiedsgericht der Assoziation.

Artikel 53

1. Streitfälle, die sich bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens zwischen einem Mitgliedstaat, mehreren Mitgliedstaaten oder der Gemeinschaft einerseits und einem oder mehreren assoziierten Staaten andererseits ergeben, werden von einer der am Streit beteiligten Parteien dem Assoziationsrat unterbreitet, der sich auf seiner nächsten Tagung um eine gütliche Beilegung bemüht. Gelingt ihm dies nicht und können die Parteien sich nicht darüber einigen, wie eine geeignete Regelung gefunden werden kann, so wird der Streitfall auf Antrag der betreibenden Partei beim Schiedsgericht der Assoziation anhängig gemacht.

2. Das Schiedsgericht besteht aus fünf Mitgliedern, nämlich einem Präsidenten, welcher vom Assoziationsrat ernannt wird, und vier Richtern, welche aus dem Kreise solcher Persönlichkeiten auszuwählen sind, die jede Gewähr für Unabhängigkeit und Befähigung

(1) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 13. Jahrgang, Nr. L 282, vom 28. Dezember 1970, S. 2.

bieten. Die Richter werden binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens für dessen Laufzeit vom Assoziationsrat bestellt. Zwei dieser Richter werden auf Vorschlag des Rates der Europäischen Gemeinschaften, die beiden anderen auf Vorschlag der assoziierten Staaten ernannt. Der Assoziationsrat ernennt nach demselben Verfahren für jeden Richter einen Stellvertreter, der bei Verhinderung eines Richters an dessen Stelle tritt.

3. Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit.

4. Die Schiedssprüche des Schiedsgerichts sind für die am Streit beteiligten Parteien verbindlich ; diese müssen die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen treffen.

5. Die Satzung des Schiedsgerichts ist Gegenstand des Protokolls Nr. 8 im Anhang (1). Der Assoziationsrat kann diese Satzung auf Vorschlag des Schiedsgerichts ändern.

6. Das Schiedsgericht legt in seiner ersten Sitzung seine Verfahrensordnung fest (2).

(1) Siehe S. 11.

(2) Siehe S. 18.

II - PROTOKOLL NR. 9 VOM 29. JULI 1969
ÜBER DIE VORRECHTE UND BEFREIUNGEN (1)

Artikel 11

Auf Streitfälle bezüglich dieses Protokolls findet Artikel 53 des Assoziierungsabkommens (2) Anwendung.

Der Koordinierungsrat und die Europäische Investitionsbank können vor dem Schiedsgericht der Assoziation als Parteien auftreten.

(1) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 13. Jahrgang, Nr. L 282, vom 28. Dezember 1970, S. 27.

(2) Siehe S. 7.

III - PROTOKOLL NR. 10 VOM 29. JULI 1969
ÜBER DIE VERWALTUNGSKOSTEN DER ORGANE DER
ASSOZIATION (1)

Artikel 3

Die Mitglieder des Schiedsgerichts haben Anspruch auf Erstattung ihrer Reisekosten und ihrer Aufenthaltskosten. Letztere werden auf 20 Rechnungseinheiten für jeden Tag ihrer Tätigkeit festgesetzt. Diese Beträge werden ihnen vom Schiedsgericht gezahlt.

Die Reise- und Aufenthaltskosten der Mitglieder des Schiedsgerichts werden von der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten je zur Hälfte übernommen.

Die Ausgaben für die Kanzlei des Schiedsgerichts, die Untersuchung der Streitfälle und die technische Organisation der Gerichtssitzungen (Räumlichkeiten, Personal, Dolmetschen usw.) übernimmt die Gemeinschaft.

Die Kosten für außerordentliche Untersuchungsmaßnahmen werden vom Schiedsgericht mit den anderen Ausgaben nach Maßgabe seiner Satzung beglichen ; hierfür gewähren die Parteien Vorschüsse nach Maßgabe eines sie anordnenden Beschlusses des Schiedsgerichts oder seines Präsidenten.

(1) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 13. Jahrgang, Nr. L 282, vom 28. Dezember 1970, S. 29.

IV - SATZUNG DES SCHIEDSGERICHTS (1)

Artikel 1

Für die Errichtung und die Tätigkeit des nach Artikel 41 des Abkommens (2) eingesetzten Schiedsgerichts gelten die Bestimmungen des Abkommens und dieser Satzung.

KAPITEL I

Mitglieder des Schiedsgerichts

Artikel 2

Die Richter und die stellvertretenden Richter werden für die Dauer des Abkommens ernannt. Im Falle des Todes oder Rücktritts eines Richters oder eines stellvertretenden Richters unterrichtet der Präsident des Schiedsgerichts den Assoziationsrat, der unverzüglich den neuen Richter oder stellvertretenden Richter auf Vorschlag des Rates der Europäischen Gemeinschaften oder der assoziierten Staaten ernennt.

Im Falle des Rücktritts bleiben die Richter und die stellvertretenden Richter bis zur Ernennung ihres Nachfolgers im Amt.

Artikel 3

Die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder leisten den Eid, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben und das Beratungsgeheimnis zu wahren. Der Eid ist in der vom Heimat-

(1) Protokoll Nr. 8. vom 29. Juli 1969. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 13. Jahrgang, Nr. L 282, vom 28. Dezember 1970, S. 25.

(2) Siehe S. 7.

recht der Mitglieder vorgesehenen Form in der ersten öffentlichen Sitzung nach ihrer Ernennung zu leisten.

Artikel 4

Der Präsident des Schiedsgerichts wird für die Dauer des Abkommens ernannt. Im Falle des Todes oder Rücktritts des Präsidenten unterrichtet das Schiedsgericht den Assoziationsrat, der unverzüglich einen neuen Präsidenten ernennt.

Im Falle des Rücktritts bleibt der Präsident bis zur Ernennung seines Nachfolgers im Amt.

Artikel 5

Glaubt ein Mitglied des Schiedsgerichts, bei der Entscheidung einer bestimmten Sache aus einem besonderen Grund nicht mitwirken zu dürfen, so benachrichtigt es das Schiedsgericht, das darüber befindet.

Glaubt der Präsident, daß ein Richter des Schiedsgerichts bei der Entscheidung einer bestimmten Sache aus einem besonderen Grund nicht mitwirken darf, so wendet er sich an das Schiedsgericht, das darüber befindet.

Artikel 6

Ist ein Richter verhindert, so tritt sein Stellvertreter nach Maßgabe von Artikel 11 Absatz 3 vorläufig an seine Stelle; ist dieser seinerseits verhindert, so tritt der Stellvertreter des anderen, auf Vorschlag derselben Stellen ernannten Richters ebenfalls nach Maßgabe von Artikel 11 Absatz 3 vorläufig an seine Stelle.

Artikel 7

Ist der Präsident aus anderen Gründen als durch Tod verhindert, so kann der Assoziationsrat eine Person bestellen, die die Amtsgeschäfte des Präsidenten ganz oder teilweise vorläufig übernehmen soll.

Artikel 8

Im Interesse der Erfüllung der Aufgaben des Schiedsgerichts stehen den Mitgliedern des Schiedsgerichts die Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen zu, die den Mitgliedern internationaler Rechtsprechungsorgane und internationaler Schiedsgerichte in der Regel zuerkannt werden.

Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen wegen der von ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen insbesondere weder in ein Ermittlungsverfahren verwickelt noch verfolgt werden ; diese Befreiung steht ihnen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit zu.

Das Schiedsgericht kann die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen mit Ausnahme der Befreiung, die für die unter Absatz 2 fallenden Handlungen gilt, aufheben.

KAPITEL II

Organisation und Dienststellen des Schiedsgerichts

Artikel 9

Das Schiedsgericht tagt an demselben Ort wie der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften.

Artikel 10

Als Dienststellen des Schiedsgerichts werden die Dienststellen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften tätig ; insbesondere wird als Kanzlei die Kanzlei des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften tätig.

KAPITEL III

Verfahren vor dem Schiedsgericht

Artikel 11

Das Schiedsgericht tritt nach Bedarf auf Einberufung durch seinen Präsidenten zusammen.

Das Schiedsgericht kann nur in der Besetzung mit dem Präsidenten und vier Richtern tagen und entscheiden.

Ein zur Teilnahme an der Erledigung eines Streitfalles berufener stellvertretender Richter bleibt mit diesem Fall bis zu dessen Abschluß befaßt.

Artikel 12

Die Parteien werden von einem oder mehreren von ihnen zu bestellenden Bevollmächtigten vertreten. Der Bevollmächtigte kann sich der Hilfe eines Anwalts, der in einem Mitgliedstaat oder einem assoziierten Staat zugelassen ist, oder der Hilfe eines Hochschullehrers bedienen, der Angehöriger eines Mitgliedstaats oder eines assoziierten Staates ist, dessen Rechtsordnung ihm gestattet, vor Gericht als Vertreter einer Partei aufzutreten.

Artikel 13

Die vor dem Schiedsgericht auftretenden Bevollmächtigten, Anwälte und Beistände genießen während der Dauer ihrer Aufgaben einschließlich der zu deren Erfüllung nötigen Reisezeit die üblichen Vorrechte und Befreiungen.

Sie können insbesondere wegen mündlicher oder schriftlicher Äußerungen, die sich auf die Rechtssache beziehen, nicht gerichtlich verfolgt werden.

Das Schiedsgericht kann die in Absatz 1 vorgesehenen Vorrechte und Befreiungen aufheben, wenn die Rechtssache nach seiner Auffassung hierdurch nicht beeinträchtigt wird.

Artikel 14

Das Verfahren ist kontradiktorisch ; es richtet sich nach den Bestimmungen dieser Satzung und der Verfahrensordnung des Schiedsgerichts.

Artikel 15

Ein Streitfall wird durch Einreichung einer Antragschrift beim Schiedsgericht anhängig ; der Gegenpartei ist Gelegenheit zu geben, innerhalb einer vom Präsidenten festzusetzenden Frist zu entgegnen.

Die Antragschrift muß enthalten :

- eine Darstellung des Streitgegenstandes ;
- eine kurze Darstellung der Umstände, aus denen hervorgeht, daß der Streitfall vor dem Assoziationsrat nicht gütlich beigelegt worden ist und daß sich die Parteien nicht darüber geeinigt haben, wie eine geeignete Regelung gefunden werden kann ;
- die Anträge der betreibenden Partei ;
- eine kurze Darstellung der Gründe.

Artikel 16

Die Kanzlei übermittelt eine Abschrift der Antragschrift dem Assoziationsrat, der sie den Mitgliedstaaten, der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten zustellt ; diese können bis zur Beendigung des in der Verfahrensordnung vorgesehenen schriftlichen Verfahrens schriftliche Stellungnahmen beim Schiedsgericht einreichen, ohne dadurch als Parteien des Streitfalls zu gelten.

Findet nach dieser Satzung ein mündliches Verfahren statt, so können die Staaten, die schriftliche Stellungnahmen eingereicht haben, sich in ihm vertreten lassen. Das gleiche gilt für die Gemeinschaft.

Artikel 17

Die Beratungen des Schiedsgerichts sind und bleiben geheim.

Artikel 18

Die Schiedssprüche des Schiedsgerichts müssen mit Gründen versehen sein und die Namen der Richter enthalten, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben.

Sie werden in öffentlicher Sitzung verlesen.

Das Schiedsgericht entscheidet *ex aequo et bono* über die Kosten.

Artikel 19

Vor dem Schiedsgericht ist der Gebrauch der vier in Artikel 66 des Abkommens (1) genannten Sprachen sowohl in den Schriftsätzen als auch im mündlichen Verfahren zulässig. Die Kanzlei veranlaßt die Übersetzung der Schriftstücke und mündlichen Ausführungen, wenn eine Partei oder ein Mitgliedstaat oder assoziierter Staat, der von seinen Rechten nach Artikel 16 Gebrauch macht, dies beantragt.

Artikel 20

Das Schiedsgericht kann Beweise erheben oder erheben lassen.

Zeugen, die ordnungsgemäß geladen sind, haben der Ladung Folge zu leisten.

Das Schiedsgericht kann den innerstaatlichen Behörden falsche Zeugenaussagen, das Ausbleiben von Zeugen oder ihre strafbare Beeinflussung anzeigen.

Artikel 21

Das Schiedsgericht kann von den Parteien die Vorlage aller Urkunden und die Erteilung aller Auskünfte verlangen, die es für erforderlich hält.

Das Schiedsgericht kann ferner vom Assoziationsrat, von der Gemeinschaft und von den Mitgliedstaaten und assoziierten Staaten, die nicht Parteien des Streitfalles sind, alle für die Regelung des Streitfalles erforderlichen Auskünfte verlangen.

(1) Artikel 66 des Abkommens lautet wie folgt:
„Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.“

Artikel 22

Beschließt das Schiedsgericht auf Antrag einer der Parteien oder von Amts wegen außerordentliche Untersuchungsmaßnahmen, so fordert es die Parteien oder eine von ihnen auf, auf ein Sonderkonto einen Vorschuß einzuzahlen, den es zur Durchführung dieser Untersuchungsmaßnahmen für erforderlich hält.

Bei seiner Kostenentscheidung befindet das Schiedsgericht über die Verrechnung dieses Betrages.

Artikel 23

Als erstattungsfähig gelten die Kosten, welche die Parteien zur Geltendmachung ihrer Rechte aufwenden müssen, insbesondere Reise- und Aufenthaltskosten, die Vergütung eines Bevollmächtigten oder Anwalts, der sie vor dem Schiedsgericht vertritt oder ihnen Beistand leistet, sowie die Kosten für außerordentliche Untersuchungsmaßnahmen im Sinne des Artikels 22.

KAPITEL IV

Die Verwaltungskosten des Schiedsgerichts

Artikel 24

Die Reise- und Aufenthaltskosten der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 3 Absatz 2 des Protokolls Nr. 10 ⁽¹⁾ werden vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vorgelegt.

Der Präsident des Schiedsgerichts übermittelt dem Assoziationsrat am Ende jeden Jahres eine Abrechnung über die hierfür gezahlten Beträge ; er fügt einen besonderen Bericht über die erfolgten Ausgaben und sämtliche Rechnungsbelege bei.

Diese Rechnung wird vom Assoziationsrat festgestellt ; dieser ordnet an, daß die Erstattung binnen der auf seinen Beschluß folgenden zwei Monate erfolgt. Die eine Hälfte dieses Betrags wird von der Gemeinschaft, die andere von den assoziierten Staaten getragen.

⁽¹⁾ Siehe S. 10.

V - VERFAHRENSORDNUNG DES SCHIEDSGERICHTS (1)

Verwaltung des Schiedsgerichts

Artikel 1

1. Die Kanzlei führt unter Aufsicht eines Beamten des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften, den dieser Gerichtshof bestimmt, ein Register, das der Präsident mit seinem Namenszug versieht ; in das Register sind alle Schriftsätze der einzelnen Streitfälle einschließlich der Anlagen in der Reihenfolge, in der sie anfallen, fortlaufend einzutragen.
2. Die Eintragung im Register wird auf der Urschrift und, wenn die Parteien dies beantragen, auf den vorgelegten Abschriften vermerkt.
3. Die Eintragung im Register und die im vorigen Paragraphen vorgesehenen Vermerke sind öffentliche Urkunden.
4. Jeder, der hieran ein Interesse hat, kann das Register in der Kanzlei einsehen und nach Maßgabe der Gebührenordnung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften Abschriften oder Auszüge erhalten. Jede Partei kann außerdem nach Maßgabe dieser Gebührenordnung Abschriften von Schriftsätzen sowie Ausfertigungen von Schiedssprüchen und sonstigen gerichtlichen Entscheidungen erhalten.

Artikel 2

Die Kanzlei hat im Auftrag des Präsidenten alle Schriftstücke entgegenzunehmen, zu versenden oder aufzubewahren sowie für die Zustellungen zu sorgen, die diese Verfahrensordnung vorsieht.

(1) Erlassen in Luxemburg am 15. März 1966.

Artikel 3

Der in Artikel 1 § 1 bezeichnete Beamte ist für das Archiv verantwortlich und sorgt für die Veröffentlichungen des Schiedsgerichts. Die Kanzlei sorgt für die Veröffentlichung der Rechtsprechung des Schiedsgerichts.

Geschäftsgang des Schiedsgerichts

Artikel 4

Der Präsident bestimmt Ort und Termin der Tagungen des Schiedsgerichts.

Artikel 5

1. Die Beratungen des Schiedsgerichts sind nicht öffentlich.
2. Hat eine mündliche Verhandlung stattgefunden, so nehmen nur die Mitglieder an der Beratung und Abstimmung teil, die bei der mündlichen Verhandlung zugegen waren.
3. Auf Verlangen eines Mitglieds wird jede dem Schiedsgericht zur Abstimmung vorgelegte Frage in der von dem Mitglied gewünschten Amtssprache niedergelegt und dem Schiedsgericht schriftlich übermittelt.
4. Für die Entscheidung des Schiedsgerichts ist die Meinung maßgebend, auf die sich die Mehrheit der an der Beratung beteiligten Mitglieder nach der abschließenden Aussprache einigt.

Sprachenregelung

Artikel 6

1. Die Amtssprachen des Schiedsgerichts sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch.
2. Jede Partei bedient sich der Amtssprache ihrer Wahl.

3. Erklären Zeugen oder Sachverständige, daß sie sich nicht hinlänglich in einer Amtssprache ausdrücken können, so gestattet ihnen das Schiedsgericht, ihre Erklärungen in einer anderen Sprache abzugeben. Die Kanzlei veranlaßt die Übersetzung in die Amtssprachen, deren sich die Parteien bedienen.

4. Die Mitglieder des Schiedsgerichts können sich einer anderen Amtssprache als der von den Parteien verwendeten bedienen. Die Kanzlei veranlaßt die Übersetzung in die von den Parteien verwendeten Amtssprachen.

5. Auf Verlangen eines Richters oder einer Partei veranlaßt die Kanzlei, daß die vor dem Schiedsgericht abgegebenen schriftlichen oder mündlichen Erklärungen in die gewünschte Amtssprache übersetzt werden.

Artikel 7

Die Veröffentlichungen des Schiedsgerichts erscheinen in sämtlichen Amtssprachen.

Rechte und Pflichten der Bevollmächtigten, Anwälte und Beistände

Artikel 8

Auf die in Artikel 14 der Satzung des Schiedsgerichts (1) genannten Vergünstigungen haben nur Anspruch :

- a) Bevollmächtigte, die ihre Eigenschaft durch eine von dem vertretenen Staat oder der vertretenen Gemeinschaft ausgestellte Urkunde nachgewiesen haben ; der Staat oder die Gemeinschaft übermittelt der Kanzlei unverzüglich eine Abschrift dieser Urkunde ;

(1) Artikel 14 der Satzung vom 30. März 1965 ist identisch mit Artikel 13 der Satzung vom 29. Juli 1969. Siehe S. 14.

- b) Anwälte und Beistände, die diesen Nachweis durch einen von der Kanzlei ausgestellten Ausweis erbringen. Der Ausweis wird für eine bestimmte Zeit ausgestellt; seine Gültigkeit kann je nach der Dauer des Verfahrens verlängert oder verkürzt werden.

Artikel 9

1. Verletzt ein Bevollmächtigter, Anwalt oder Beistand die Würde des Schiedsgerichts durch sein Verhalten gegenüber dem Schiedsgericht oder einem seiner Mitglieder oder mißbraucht er seine Befugnisse, so kann er jederzeit durch Beschluß des Schiedsgerichts vom Verfahren ausgeschlossen werden; dem Betroffenen ist Gelegenheit zur Verteidigung zu geben.

Der Beschluß ist sofort vollziehbar.

2. Wird ein Bevollmächtigter, Anwalt oder Beistand ausgeschlossen, so setzt der Präsident der betroffenen Partei eine Frist zur Bestellung eines anderen Bevollmächtigten, Anwalts oder Beistands; bis zum Ablauf dieser Frist ist das Verfahren unterbrochen.

3. Die in Anwendung dieses Artikels ergehenden Entscheidungen können wieder aufgehoben werden.

Artikel 10

Die Vorschriften der Artikel 8 und 9 gelten auch für die in Artikel 13 der Satzung (!) genannten Hochschullehrer.

Allgemeine Verfahrensvorschriften

Artikel 11

1. Die Urschrift jeden Schriftsatzes ist bei der Kanzlei einzureichen. Sie muß vom Bevollmächtigten oder dem hierzu ermächtigten Anwalt unterzeichnet sein.

(!) Artikel 13 der Satzung vom 30. März 1965 ist identisch mit Artikel 12 der Satzung vom 29. Juli 1969. Siehe S. 14.

Mit der Urschrift ist je eine beglaubigte Abschrift für jede andere am Streitfall beteiligte Partei und für den Assoziationsrat einzureichen.

2. Jeder Schriftsatz ist mit dem für die Berechnung der Verfahrensfristen maßgebenden Datum des Eingangs bei der Kanzlei zu versehen. Die Kanzlei bestätigt den Eingang jeden Schriftsatzes.

3. Mit der Urschrift und jeder Abschrift des Schriftsatzes ist gegebenenfalls ein Aktenstück einzureichen, das die Urkunden, auf die sich die Partei beruft, sowie ein Verzeichnis dieser Urkunden enthält.

4. Werden dem Schriftsatz von einer Urkunde mit Rücksicht auf deren Umfang nur Auszüge beigefügt, so ist die Urkunde oder eine vollständige Abschrift von ihr bei der Kanzlei zu hinterlegen.

5. Sämtliche Schriftsätze werden den Parteien und dem Assoziationsrat in Abschrift zugestellt.

Artikel 12

1. Die in Artikel 51 des Assoziierungsabkommens (1) und in Artikel 16 der Satzung des Schiedsgerichts (2) genannte Antragschrift muß außer einer kurzen Darstellung der Umstände, aus denen hervorgeht, daß eine gütliche Beilegung des Streitfalles vor dem Assoziationsrat nicht erzielt werden konnte und die Parteien sich nicht darüber geeinigt haben, wie eine geeignete Regelung gefunden werden kann, noch folgende Angaben enthalten :

- a) die Bezeichnung und die Zustellungsanschrift der betreibenden Partei,
- b) die Bezeichnung der Gegenpartei,
- c) den Streitgegenstand,
- d) eine kurze Darstellung der Gründe,

(1) Artikel 51 des Assoziierungsabkommens vom 20. Juni 1963 ist identisch mit Artikel 53 des Assoziierungsabkommens vom 29. Juli 1969. Siehe S. 7.

(2) Artikel 16 der Satzung vom 30. März 1965 ist identisch mit Artikel 15 der Satzung vom 29. Juli 1969. Siehe S. 15.

- e) die Anträge der betreibenden Partei,
- f) gegebenenfalls die Bezeichnung der Beweismittel.

2. Der Anwalt, der für eine Partei auftritt, hat bei der Kanzlei eine Bescheinigung zu hinterlegen, aus der hervorgeht, daß er in einem Mitgliedstaat oder in einem assoziierten Staat als Rechtsanwalt zugelassen ist.

Der Hochschullehrer, der für eine Partei auftritt, hat bei der Kanzlei eine Bescheinigung zu hinterlegen, aus der hervorgeht, daß er nach den Gesetzen seines Heimatstaates berechtigt ist, vor Gericht aufzutreten.

Entspricht die Antragschrift nicht den Bestimmungen der Paragraphen 1 und 2, so setzt der Präsident der betreibenden Partei eine angemessene Frist zur Behebung des Mangels oder zur Beibringung der vorgeschriebenen Unterlagen. Kommt die betreibende Partei dieser Aufforderung vor Ablauf der Frist nicht nach, so entscheidet das Schiedsgericht, ob die Nichtbeachtung dieser Formvorschriften die Unzulässigkeit des Antrages zur Folge hat.

Artikel 13

Innerhalb der vom Präsidenten festgesetzten Frist hat die Gegenpartei eine Antwortschrift einzureichen. Sie muß enthalten :

- a) die Bezeichnung und die Zustellungsanschrift der Gegenpartei,
- b) die geltendgemachten Gründe,
- c) die Anträge der Gegenpartei,
- d) gegebenenfalls die Bezeichnung der Beweismittel.

Artikel 12 § 2 findet entsprechende Anwendung.

Artikel 14

Die betreibende Partei kann noch eine Erwiderung einreichen, wenn sie binnen drei Wochen nach Zustellung der Antwortschrift einen entsprechenden Antrag stellt. Die Gegenpartei kann in diesem Fall eine Gegenerwiderung einreichen. Der Präsident bestimmt die Fristen für die Einreichung dieser Schriftsätze.

Artikel 15

Die Parteien können in der Erwiderung oder in der Gegenerwiderung noch Beweismittel benennen. Sie haben die Verspätung zu begründen.

Artikel 16

Das Schiedsgericht kann jederzeit nach Anhörung der Parteien mehrere anhängige Streitfälle wegen Sachzusammenhangs zur gemeinsamen schriftlichen oder mündlichen Verhandlung oder zur gemeinsamen Entscheidung miteinander verbinden, wenn sie den gleichen Gegenstand betreffen. Es kann die Verbindung wieder aufheben.

Artikel 17

Sobald der Präsident die Beendigung des schriftlichen Verfahrens festgestellt hat, beschließt das Schiedsgericht, ob eine Beweisaufnahme erforderlich ist ; der Beschluß kann im Umlaufverfahren ergehen.

Artikel 18

Nach Abschluß des schriftlichen Verfahrens und der etwaigen Beweisaufnahme bestimmt der Präsident den Termin für die mündliche Verhandlung, falls die Parteien nicht auf diese verzichten.

Beweisaufnahme

Artikel 19

1. Das Schiedsgericht bezeichnet durch Beschluß die Beweismittel. Der Beschluß wird den Parteien zugestellt.

Im Falle des Artikels 23 der Satzung (1) bestimmt das Schieds-

(1) Artikel 23 der Satzung vom 30. März 1965 ist identisch mit Artikel 22 der Satzung vom 29. Juli 1969. Siehe S. 16.

gericht in dem Beschluß die Höhe des Vorschusses und die Frist, innerhalb deren er an die Kanzlei zu entrichten ist.

2. Beweismittel sind insbesondere :

- a) die Einholung von Auskünften und Vorlegung von Urkunden,
- b) die Vernehmung von Zeugen,
- c) die Begutachtung durch Sachverständige,
- d) die Einnahme des Augenscheins.

3. Das Schiedsgericht kann die von ihm angeordnete Beweisaufnahme selbst durchführen oder ein oder mehrere seiner Mitglieder mit ihrer Durchführung beauftragen.

4. Die Parteien können der Beweisaufnahme beiwohnen.

Artikel 20

1. Das Schiedsgericht kann von Amts wegen oder auf Antrag der Parteien die Vernehmung von Zeugen anordnen. Der Beschluß des Schiedsgerichts bezeichnet die zu beweisenden Tatsachen.

Die Zeugen werden vom Schiedsgericht von Amts wegen oder auf Antrag der Parteien geladen.

Die Partei hat in ihrem Antrag die Tatsachen zu bezeichnen, über die die Vernehmung stattfinden soll, und die Gründe anzugeben, welche die Vernehmung rechtfertigen.

2. Die Zeugen werden auf Grund eines Beschlusses des Schiedsgerichts geladen. Dieser Beschluß muß folgende Angaben enthalten :

- a) Namen und Vornamen, Stand und Anschriften der Zeugen,
- b) die Bezeichnung der Tatsachen, über welche die Zeugen zu vernehmen sind,
- c) gegebenenfalls einen Hinweis auf die Anordnung des Schiedsgerichts über die Erstattung der den Zeugen entstehenden Kosten sowie auf die Maßnahmen, die gegen ausbleibende Zeugen Anwendung finden können.

3. Der Beschluß ist den Parteien und den Zeugen zuzustellen.

4. Zustellungen an Zeugen sind von der Kanzlei über die Re-

gierung des Staates zu leiten, auf dessen Hoheitsgebiet die Zustellung wirksam werden soll.

5. Nach Feststellung ihrer Identität sind die Zeugen darauf hinzuweisen, daß sie ihre Aussagen zu beedigen haben.

Die Zeugen werden vom Schiedsgericht oder von den mit der Beweisaufnahme beauftragten Richtern vernommen; die Parteien sind hierzu zu laden. Nach Beendigung der Aussagen kann der Präsident auf Antrag der Parteien oder von Amts wegen Fragen an die Zeugen richten.

Die gleiche Befugnis steht jedem Richter zu.

6. Der Zeuge leistet nach Beendigung seiner Aussage den Eid, die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit gesagt zu haben.

Der Eid wird in der im Recht des Heimatstaates des Zeugen vorgesehenen Form geleistet.

Das Schiedsgericht kann mit Zustimmung der Parteien von der Vereidigung des Zeugen absehen.

7. Von jeder Zeugenaussage wird nach Anweisung des Präsidenten oder der mit der Beweisaufnahme beauftragten Richter ein Protokoll aufgenommen. Das Protokoll wird verlesen und anschließend vom Zeugen, vom Präsidenten oder einem Richter sowie von dem in Artikel 1 § 1 genannten Beamten unterzeichnet.

Artikel 21

1. Das Schiedsgericht kann die Einholung von Sachverständigengutachten anordnen. In dem Beschluß ist der Sachverständige zu benennen, sein Auftrag genau zu umschreiben und eine Frist für die Erstattung des Gutachtens zu bestimmen.

2. Der Sachverständige erhält eine Abschrift des Beschlusses sowie die zur Erfüllung seines Auftrags erforderlichen Unterlagen. Er untersteht einem hierzu vom Schiedsgericht bestellten Mitglied, das bei den Ermittlungen des Sachverständigen anwesend sein kann und über den Fortgang der Arbeiten auf dem laufenden zu halten ist.

3. Auf Antrag des Sachverständigen kann das Schiedsgericht die Vernehmung von Zeugen anordnen. Artikel 20 findet entsprechende Anwendung. Das Schiedsgericht kann den Sachverständigen auch ermächtigen, dritte Personen zu hören.

4. Der Sachverständige hat sich nur zu den Punkten zu äußern, die sein Auftrag ausdrücklich bezeichnet.

5. Nach Eingang des Gutachtens kann das Schiedsgericht die Anhörung des Sachverständigen anordnen; die Parteien sind hierzu zu laden.

6. Nach Erstattung des Gutachtens leistet der Sachverständige vor dem Schiedsgericht den Eid, seinen Auftrag unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt zu haben.

Der Eid wird in der im Recht des Heimatstaates des Sachverständigen vorgesehenen Form geleistet.

Das Schiedsgericht kann mit Zustimmung der Parteien von der Vereidigung des Sachverständigen absehen.

Artikel 22

1. Lehnt eine Partei einen Zeugen oder Sachverständigen wegen Unfähigkeit, Unwürdigkeit oder aus sonstigen Gründen ab, oder verweigert ein Zeuge oder Sachverständiger die Aussage oder die Eidesleistung, so entscheidet das Schiedsgericht.

2. Die Ablehnung ist binnen einem Monat nach Zustellung des Beschlusses zu erklären, durch den der Zeuge geladen oder der Sachverständige ernannt worden ist; die Erklärung muß die Ablehnungsgründe und die Beweismittel bezeichnen.

Artikel 23

1. Zeugen und Sachverständige haben Anspruch auf Erstattung ihrer Reise- und Aufenthaltskosten. Das Schiedsgericht kann ihnen einen Vorschuß auf diese Kosten gewähren.

2. Zeugen haben ferner Anspruch auf eine Entschädigung und Sachverständige auf eine Vergütung.

Die Entschädigungen oder Vergütungen werden ausgezahlt, nachdem der Zeuge oder Sachverständige seiner Pflicht genügt hat.

Artikel 24

Die Parteien können die Niederschriften über die Beweisaufnahme sowie die Sachverständigengutachten in der Kanzlei einsehen und auf ihre Kosten Abschriften erhalten.

Artikel 25

Der Präsident schließt die Beweisaufnahme.

Mündliche Verhandlung

Artikel 26

1. Wenn das Schiedsgericht nichts Gegenteiliges beschließt, sind die Sitzungen öffentlich.
2. Wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen, so dürfen Berichte oder sonstige Mitteilungen über die mündliche Verhandlung nicht veröffentlicht werden.

Artikel 27

Die Mitglieder des Schiedsgerichts können in der Verhandlung Fragen an die Bevollmächtigten, Anwälte oder Beistände der Parteien stellen.

Artikel 28

Die Parteien können nur durch Bevollmächtigte, Anwälte oder Beistände verhandeln.

Artikel 29

Der Präsident schließt die mündliche Verhandlung.

Artikel 30

Das Schiedsgericht kann jederzeit eine Beweisaufnahme oder die Wiederholung und Ergänzung einer früheren Beweisaufnahme anordnen. Es kann ein oder mehrere seiner Mitglieder mit der Durchführung beauftragen.

Artikel 31

Das Schiedsgericht kann die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung anordnen.

Schiedssprüche

Artikel 32

Der Schiedsspruch enthält :

- die Feststellung, daß er vom Schiedsgericht erlassen ist ;
- den Tag des Erlasses ;
- die Namen des Präsidenten und der übrigen Mitglieder, die bei dem Schiedsspruch mitgewirkt haben ;
- die Bezeichnung der Parteien ;
- die Namen der Bevollmächtigten, Anwälte und Beistände der Parteien ;
- eine kurze Darstellung des Sachverhalts und der Anträge der Parteien ;
- die Begründung ;
- die Spruchformel einschließlich der Entscheidung über die Kosten.

Artikel 33

Die Schiedssprüche ergehen in den von den Parteien gewählten Amtssprachen ; die Fassung in der von der betreibenden Partei gewählten Sprache ist verbindlich.

Sie werden in öffentlicher Sitzung verkündet, zu der die Parteien zu laden sind.

Artikel 34

1. Der Präsident und der in Artikel 1 § 1 bezeichnete Beamte unterzeichnen die Urschrift des Schiedsspruches, die sodann mit dem Siegel des Schiedsgerichts versehen und in der Kanzlei hinterlegt wird ; die Kanzlei stellt den Parteien je eine beglaubigte Abschrift zu.
2. Die Kanzlei übermittelt die Schiedssprüche dem Assoziationsrat, der sie den Mitgliedstaaten, den assoziierten Staaten und der Gemeinschaft mitteilt, soweit diese nicht als Parteien am Streitfall beteiligt sind.
3. Auf der Urschrift des Schiedsspruches wird der Tag der Zustellung an die Parteien vermerkt.

Artikel 35

1. Das Schiedsgericht kann offenbare sachliche Unrichtigkeiten im Schiedsspruch von Amts wegen oder auf Antrag einer Partei, der binnen einem Monat nach Zustellung des Schiedsspruchs zu stellen ist, berichtigen. Im letzteren Falle wird die andere Partei durch die Kanzlei über den Antrag unterrichtet. Sie kann innerhalb einer vom Präsidenten zu bestimmenden Frist schriftlich Stellung nehmen.
2. Über die Berichtigung kann das Schiedsgericht im Umlaufverfahren beschließen.
3. Die Urschrift des Beschlusses, der die Berichtigung ausspricht, wird mit der Urschrift des berichtigten Schiedsspruchs verbunden. Ein Hinweis auf den Beschluß ist am Rande der Urschrift des berichtigten Schiedsspruches anzubringen.

Kosten

Artikel 36

1. Das Schiedsgericht bestimmt, welchen Teil der erstattungsfähigen Kosten die Parteien zu erstatten haben. Streitigkeiten über

die Höhe der erstattungsfähigen Kosten entscheidet das Schiedsgericht auf Antrag der betroffenen Partei durch Beschluß; der anderen Partei ist vorher Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme zu geben.

2. Die Parteien können eine Ausfertigung des Beschlusses zum Zwecke der Vollstreckung beantragen.

3. Der Beschluß kann im Umlaufverfahren ergehen.

Artikel 37

1. Das Schiedsgericht leistet seine Zahlungen in der Währung des Landes, in dem es seinen Sitz hat.

Auf Antrag des Berechtigten leistet das Schiedsgericht die Zahlungen in der Währung des Landes, in dem die zu erstattenden Auslagen entstanden oder die Handlungen vorgenommen worden sind, für welche die Zahlung geschuldet wird.

2. Sonstige Schuldner leisten ihre Zahlungen in der Währung ihres Heimatstaats.

3. Allen Umrechnungen ist der amtliche Wechselkurs zugrunde zu legen, der am Zahlungstage in dem Lande gilt, in welchem das Schiedsgericht seinen Sitz hat.

Zustellungen

Artikel 38

1. Die in dieser Verfahrensordnung vorgesehenen Zustellungen werden von der Kanzlei in der Weise veranlaßt, daß dem Empfänger an seinem Wohnsitz eine Abschrift des zuzustellenden Schriftstücks entweder auf dem Postwege durch Einschreiben mit Rückschein übermittelt oder gegen Quittung übergeben wird.

Die Abschriften werden von dem in Artikel 1 § 1 genannten Beamten ausgefertigt und beglaubigt, es sei denn, daß sie gemäß Artikel 11 § 1 von den Parteien eingereicht werden.

2. Der Aufgabe- und der Rückschein oder die Quittung sind mit der Urschrift des zugestellten Schriftstücks zu verbinden.

Vergleich und Antragsrücknahme

Artikel 39

Einigen sich die Parteien vor der Entscheidung des Schiedsgerichts über eine Regelung des Streitfalles und unterrichten sie das Schiedsgericht davon, daß sie auf alle Ansprüche verzichten, so ordnet das Schiedsgericht die Streichung des Streitfalles im Register an und entscheidet über die etwaigen Kosten.

Artikel 40

Setzt die betreibende Partei das Schiedsgericht schriftlich davon in Kenntnis, daß sie ihren Antrag zurücknimmt, so ordnet das Schiedsgericht die Streichung des Streitfalles im Register an und entscheidet über die etwaigen Kosten.

Schlußbestimmung

Artikel 41

Diese Verfahrensordnung ergeht in den vier in Artikel 64 des Assoziierungsabkommens ⁽¹⁾ genannten Sprachen; sie wird dem Assoziationsrat zugestellt, der sie den Mitgliedstaaten, den assoziierten Staaten und der Gemeinschaft mitteilt; alle vier Fassungen sind verbindlich.

(1) Artikel 64 des Assoziierungsabkommens vom 20. Juni 1963 ist identisch mit Artikel 66 der Assoziierungsabkommens vom 29. Juli 1969. Die vier Sprachen sind: Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch.

Cour arbitrale

de l'association entre la Communauté économique européenne
et les Etats africains et malgache
associés à cette Communauté

SOMMAIRE

I - Convention d'association du 29 juillet 1969 (articles 41 et 53)	37
II - Protocole n° 9, du 29 juillet 1969, sur les privilèges et immunités (article 11)	39
III - Protocole n° 10, du 29 juillet 1969, relatif aux frais de fonctionnement des institutions de l'association (article 3)	40
IV - Statut de la Cour arbitrale	41
V - Règlement de procédure de la Cour arbitrale	48

I - CONVENTION D'ASSOCIATION DU 29 JUILLET 1969 (1)

Article 41

Les institutions de l'association sont :

- le Conseil d'association assisté du Comité d'association,
- la Conférence parlementaire de l'association,
- la Cour arbitrale de l'association.

Article 53

1. Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente convention nés entre un État membre, plusieurs États membres ou la Communauté d'une part, et un ou plusieurs États associés d'autre part, sont soumis par l'une des parties au différend au Conseil d'association qui en recherche, au cours de sa plus proche session, le règlement amiable. S'il ne peut y parvenir et faute pour les parties d'être convenues d'un mode de règlement approprié, le différend est porté à la requête de la partie la plus diligente devant la Cour arbitrale de l'association.

2. La Cour arbitrale est composée de cinq membres : un président qui est nommé par le Conseil d'association et quatre juges choisis parmi des personnalités offrant toute garantie d'indépendance et de compétence. Les juges sont désignés dans les trois mois de l'entrée en vigueur de la convention et pour la durée de celle-ci

(1) Journal officiel des Communautés européennes, 13^e année, n° L 282, du 28 décembre 1970, p. 2.

par le Conseil d'association. Deux d'entre eux sont nommés sur présentation du Conseil des Communautés européennes, les deux autres sur présentation des États associés. Le Conseil d'association nomme, suivant la même procédure, pour chaque juge un suppléant qui siège en cas d'empêchement du juge titulaire.

3. La Cour arbitrale statue à la majorité.

4. Les décisions de la Cour arbitrale sont obligatoires pour les parties aux différends qui sont tenues de prendre les mesures que comporte leur exécution.

5. Le statut de la Cour arbitrale fait l'objet du protocole n° 8 annexé à la présente convention (1). Le Conseil d'association peut, sur proposition de la Cour arbitrale, apporter toutes modifications à ce statut.

6. A l'occasion de sa première réunion, la Cour arbitrale arrête son règlement de procédure (2).

(1) Voir p. 41.

(2) Voir p. 48.

II - PROTOCOLE N° 9, DU 29 JUILLET 1969, SUR LES PRIVILÈGES ET IMMUNITÉS (1)

Article 11

Les dispositions de l'article 53 de la convention (2) sont applicables aux différends relatifs au présent protocole.

Le Conseil de coordination et la Banque européenne d'investissement peuvent être parties à une instance devant la Cour arbitrale de l'association.

(1) Journal officiel des Communautés européennes, 13^e année, n° L 282, du 28 décembre 1970, p. 27.

(2) Voir p. 37.

**III - PROTOCOLE N° 10, DU 29 JUILLET 1969,
RELATIF AUX FRAIS DE FONCTIONNEMENT DES
INSTITUTIONS DE L'ASSOCIATION (1)**

Article 3

Les membres de la Cour arbitrale ont droit au remboursement de leurs frais de voyage et de leurs frais de séjour. Ces derniers sont fixés à 20 unités de compte pour chaque jour où les membres de la Cour arbitrale exercent leurs fonctions. Ces sommes leur sont versées par la Cour arbitrale.

Les frais de voyage et de séjour des membres de la Cour arbitrale sont pris en charge par moitié par la Communauté et par moitié par les États associés.

Les dépenses afférentes au greffe de la Cour arbitrale, à l'instruction des différends et à l'organisation matérielle des audiences (local, personnel, interprétation, etc.) sont supportées par la Communauté.

Les dépenses afférentes à des mesures extraordinaires d'instruction sont réglées par la Cour arbitrale avec les autres dépenses dans les conditions prévues par son statut et font l'objet d'avances de la part des parties dans les conditions fixées par l'ordonnance de la Cour arbitrale ou de son président, dans laquelle ces mesures sont prescrites.

(1) Journal officiel des Communautés européennes, 13^e année, n° L 282, du 28 décembre 1970, p. 29.

IV - STATUT DE LA COUR ARBITRALE (1)

Article 1

La Cour instituée par l'article 41 de la convention (2) est constituée et exerce ses fonctions conformément aux dispositions de la convention et du présent statut.

CHAPITRE I

Des membres de la Cour

Article 2

Les juges et les juges suppléants sont nommés pour la durée de la convention. En cas de décès ou de démission d'un juge ou d'un juge suppléant, le président de la Cour en informe le Conseil d'association qui procède aussitôt à la nomination du nouveau juge ou juge suppléant, sur présentation, selon le cas, du Conseil des Communautés européennes ou des États associés.

En cas de démission, les juges et les juges suppléants restent en fonction jusqu'à la nomination de leur successeur.

Article 3

Les membres titulaires ou suppléants de la Cour prêtent serment d'exercer leurs fonctions impartialement et en toute conscience et de ne rien divulguer du secret des délibérations. Ce serment est prêté suivant les formes prévues par la législation nationale

(1) Protocole n° 8 du 29 juillet 1969. Journal officiel des Communautés européennes, 13^e année, n° L 282, du 28 décembre 1970, p. 25.

(2) Voir p. 37.

desdits membres lors de la première audience publique qui suit leur nomination.

Article 4

Le président de la Cour est nommé pour la durée de la convention. En cas de décès ou de démission du président, la Cour en informe le Conseil d'association qui procède aussitôt à la nomination d'un nouveau président.

En cas de démission, le président reste en fonction jusqu'à la nomination de son successeur.

Article 5

Si, pour une raison spéciale, l'un des membres de la Cour estime devoir ne pas participer au jugement d'une affaire déterminée, il en fait part à la Cour qui statue.

Si le président estime qu'un des juges de la Cour ne doit pas, pour une raison spéciale, participer au jugement d'une affaire déterminée, il en saisit la Cour qui statue.

Article 6

En cas d'empêchement d'un juge, son suppléant le remplace à titre temporaire dans les conditions prévues à l'article 11, troisième alinéa ; si, à son tour, celui-ci est empêché, le suppléant de l'autre juge nommé sur présentation des mêmes autorités le remplace dans les mêmes conditions.

Article 7

En cas d'empêchement du président autre que le décès, le Conseil d'association peut désigner une personne appelée à le remplacer à titre provisoire dans tout ou partie de ses fonctions.

Article 8

Les membres de la Cour jouissent, dans l'intérêt de l'accomplissement par la Cour de sa mission, des privilèges, immunités et faci-

lités normalement reconnus aux membres des juridictions internationales et des tribunaux arbitraux internationaux.

A ce titre, ils ne peuvent notamment être poursuivis ni recherchés pour les actes accomplis par eux en leur qualité officielle ; ils continuent à bénéficier de cette immunité après la cessation de leurs fonctions.

A l'exception de celle protégeant les actes visés au deuxième alinéa, les immunités prévues au présent article peuvent être levées par la Cour.

CHAPITRE II

De l'organisation et des services de la Cour

Article 9

La Cour siège au lieu où siège la Cour de justice des Communautés européennes.

Article 10

Le fonctionnement des services de la Cour et notamment de son greffe est assuré par les services de la Cour de justice des Communautés européennes.

CHAPITRE III

Le fonctionnement de la Cour

Article 11

La Cour se réunit selon les besoins de son fonctionnement sur convocation de son président.

Pour siéger et délibérer valablement, la Cour doit être composée du président et de quatre juges.

Un juge suppléant, appelé à participer au règlement d'une affaire, siège dans cette affaire jusqu'à sa solution.

Article 12

Les parties sont représentées par un ou plusieurs agents nommés à cet effet. L'agent peut être assisté d'un avocat inscrit à un barreau d'un État membre ou d'un État associé, ou d'un professeur ressortissant d'un État membre ou d'un État associé dont la législation lui reconnaît le droit de plaider.

Article 13

Les agents, avocats et conseils devant la Cour jouissent pendant la durée de leurs missions, y compris le temps passé en voyage pour l'accomplissement de celles-ci, des privilèges et immunités d'usage.

A ce titre, ils jouissent notamment de l'immunité pour les paroles prononcées et les écrits produits relatifs à la cause.

La Cour peut lever les privilèges et immunités prévus au premier alinéa lorsqu'elle estime que cette levée n'est pas contraire à l'intérêt de la cause.

Article 14

La procédure est contradictoire ; ses modalités sont fixées par le présent statut et le règlement de procédure de la Cour.

Article 15

La Cour est saisie par une requête à laquelle la partie défenderesse doit être mise en mesure de répondre dans le délai fixé par le président.

La requête contient :

- un exposé de l'objet du différend ;
- un exposé succinct des éléments établissant qu'un règlement à l'amiable du différend n'a pas été obtenu auprès du Conseil d'association et que les parties ne sont pas convenues d'un mode de règlement approprié ;
- les conclusions de la partie requérante ;
- un exposé sommaire des moyens invoqués.

Article 16

Le greffe transmet copie de la requête au Conseil d'association qui la notifie aux États membres, à la Communauté et aux États associés, auxquels il est loisible jusqu'à la fin de la procédure écrite prévue par le règlement de procédure, de déposer devant la Cour des observations écrites, sans pour autant être considérés comme devenant parties au différend.

Lorsqu'il y a lieu, aux termes du présent statut, d'ouvrir une procédure orale, les États ayant déposé des observations écrites peuvent s'y faire représenter. La même disposition s'applique à la Communauté.

Article 17

Les délibérations de la Cour sont et restent secrètes.

Article 18

Les sentences arbitrales de la Cour sont motivées et mentionnent les noms des juges qui ont pris part au délibéré.

Elles sont lues en audience publique.

La Cour statue ex aequo et bono sur les dépens.

Article 19

Il peut être fait usage devant la Cour des quatre langues visées par l'article 66 de la convention ⁽¹⁾, aussi bien lors de l'échange des mémoires que lors de la procédure orale. Il incombe au greffe de veiller à la traduction des pièces de procédure et des plaidoiries, si cette traduction est demandée par une des parties ou par un État

(1) L'article 66 de la convention dispose :

« La présente convention rédigée en un exemplaire unique en langues allemande, française, italienne et néerlandaise, chacun de ces textes faisant également foi, sera déposée dans les archives du secrétariat du Conseil des Communautés européennes qui en remettra une copie certifiée conforme au gouvernement de chacun des États signataires. »

membre ou un État associé qui s'est prévalu des dispositions de l'article 16.

Article 20

La Cour peut procéder ou faire procéder à des mesures d'instruction.

Les témoins régulièrement cités sont tenus de déférer à la citation et de se présenter à l'audience.

La Cour peut dénoncer aux autorités nationales le faux témoignage, la défaillance des témoins ou leur subornation.

Article 21

La Cour peut demander aux parties de produire tous documents et de fournir toutes informations qu'elle estime nécessaires.

La Cour peut également demander au Conseil d'association, à la Communauté, aux États membres et aux États associés, qui ne sont pas parties au différend, tous renseignements nécessaires à la solution de ce différend.

Article 22

Lorsque la Cour décide, soit à la demande d'une des parties, soit d'office, d'avoir recours à des mesures extraordinaires d'instruction, elle ordonne aux parties ou à l'une d'entre elles de consigner à un compte spécial le montant des avances qu'elle estime nécessaires pour faire face à ces mesures d'instruction.

La Cour, en statuant sur les dépens, décide de l'imputation de cette somme.

Article 23

Sont considérés comme dépens récupérables les frais exposés par les parties et nécessaires pour faire valoir leurs droits, notamment les frais de déplacement et de séjour, la rémunération d'un agent ou d'un avocat qui les représente ou les assiste devant la Cour, ainsi

que les frais pour des mesures extraordinaires d'instruction au sens de l'article 22.

CHAPITRE IV

Des frais de fonctionnement de la Cour

Article 24

Les frais de séjour et de voyage des membres de la Cour, prévus à l'article 3, deuxième alinéa, du protocole n° 10 (1), font l'objet d'avances de la Cour de justice des Communautés européennes.

Le président de la Cour arbitrale adresse à la fin de chaque année au Conseil d'association un décompte des sommes qui ont été versées à ce titre en les accompagnant d'un rapport spécial sur les dépenses effectuées et de toutes pièces comptables justificatives.

Ce compte est arrêté par le Conseil d'association qui en prescrit le remboursement dans les deux mois de sa décision. Ce paiement est pour une moitié à la charge de la Communauté ; il est pour l'autre moitié réparti entre les États associés.

(1) Voir p. 40.

V - RÈGLEMENT DE PROCÉDURE DE LA COUR ARBITRALE (1)

De l'administration de la Cour

Article 1

1. Il est tenu au greffe, sous la responsabilité du fonctionnaire de la Cour de justice des Communautés européennes désigné à cet effet par celle-ci, un registre, paraphé par le président, sur lequel sont inscrits à la suite et dans l'ordre de leur présentation tous les actes de procédure et les pièces déposées à l'appui.

2. Mention de l'inscription au registre est faite sur les originaux et, à la demande des parties, sur les copies qu'elles présentent à cet effet.

3. Les inscriptions au registre et les mentions prévues au paragraphe précédent constituent des actes authentiques.

4. Tout intéressé peut consulter le registre au greffe et en obtenir des copies ou des extraits suivant le tarif du greffe de la Cour de justice des Communautés européennes.

Toute partie à l'instance peut en outre obtenir, suivant ce tarif, des copies des actes de procédure ainsi que des expéditions des ordonnances et des sentences.

Article 2

Sous l'autorité du président, le greffe est chargé de la réception, de la transmission et de la conservation de tous documents, ainsi que des significations que comporte l'application du présent règlement.

(1) Arrêté à Luxembourg le 15 mars 1966.

Article 3

Le fonctionnaire visé au paragraphe 1 de l'article 1 du présent règlement a la responsabilité des archives et prend soin des publications de la Cour.

Un recueil de la jurisprudence de la Cour est publié par les soins du greffe.

Du fonctionnement de la Cour

Article 4

Les dates et heures des sessions de la Cour sont fixées par le président.

Article 5

1. La Cour délibère en chambre du Conseil.
2. Si une procédure orale a eu lieu, seuls les membres qui ont siégé prennent part au délibéré.
3. A la demande d'un membre, toute question soumise au vote de la Cour est formulée dans la langue officielle de son choix et communiquée par écrit à la Cour.
4. Les conclusions adoptées après discussion finale par la majorité des membres ayant participé au délibéré déterminent la décision de la Cour.

Du régime linguistique

Article 6

1. Les langues officielles de la Cour sont : l'allemand, le français, l'italien, le néerlandais.
2. Chaque partie utilise la langue officielle de son choix.

3. Lorsque les témoins ou experts déclarent qu'ils ne peuvent s'exprimer convenablement dans une des langues officielles, la Cour les autorise à formuler leurs déclarations dans une langue. Le greffe assure la traduction dans les langues officielles utilisées par les parties.

4. Les membres de la Cour peuvent employer une langue officielle autre que celles utilisées par les parties. Le greffe assure la traduction dans les langues officielles utilisées par les parties.

5. Le greffe veille à ce que soit effectuée, à la demande d'un des juges ou d'une partie, la traduction dans la langue officielle de son choix de ce qui est dit ou écrit pendant la procédure devant la Cour.

Article 7

Les publications de la Cour sont faites dans les langues officielles.

Des droits et obligations des agents, avocats et conseils

Article 8

Pour bénéficier des privilèges et immunités mentionnés à l'article 14 du statut de la Cour (1) :

- a) Les agents justifient préalablement de leur qualité par un document officiel délivré par l'État ou la Communauté qu'ils représentent ; copie de ce document est immédiatement notifié au greffe par l'État ou la Communauté ;
- b) Les avocats et conseils le font par une pièce justificative délivrée par le greffe. La validité de celle-ci est limitée à un délai fixe ; elle peut être étendue ou restreinte selon la durée de la procédure.

(1) L'article 14 du statut du 30 mars 1965 est identique à l'article 13 du statut du 29 juillet 1969. Voir p. 44.

Article 9

1. L'agent, avocat ou conseil dont le comportement devant la Cour ou un magistrat est incompatible avec la dignité de la Cour ou qui use des droits qu'il tient de ses fonctions à des fins autres que celles pour lesquelles ces droits lui ont été reconnus, peut, à tout moment, être exclu de la procédure par ordonnance prise par la Cour, la défense de la partie intéressée assurée.

Cette ordonnance est immédiatement exécutoire.

2. Lorsqu'un agent, avocat ou conseil se trouve exclu de la procédure, celle-ci est suspendue jusqu'à l'expiration du délai fixé par le président pour permettre à la partie intéressée de désigner un autre agent, avocat ou conseil.

3. Les décisions prises en exécution des dispositions du présent article peuvent être rapportées.

Article 10

Les dispositions des articles 8 et 9 du présent règlement sont applicables aux professeurs visés à l'article 13 du statut (1).

De la procédure

Article 11

1. L'original de tout acte de procédure, signé par l'agent ou l'avocat mandaté à cet effet, est déposé au greffe.

Il est accompagné d'autant de copies certifiées conformes qu'il y a de parties en cause et d'une copie destinée à être transmise au Conseil d'association.

2. Tout acte de procédure est, au regard des délais, daté du jour de sa réception au greffe.

Le greffe accuse réception de tout acte de procédure.

(1) L'article 13 du statut du 30 mars 1965 est identique à l'article 12 du statut du 29 juillet 1969. Voir p. 44.

3. Le cas échéant, un dossier, contenant les pièces et documents invoqués à l'appui et accompagné d'un bordereau de ces pièces et documents, est annexé à l'original et aux copies de l'acte de procédure.

4. Si, en raison du volume d'une pièce ou d'un document, il n'en est annexé à l'acte que des extraits, la pièce ou le document entier ou une copie complète est déposé au greffe.

5. Copie de tout acte de la procédure écrite est signifiée aux parties et au Conseil d'association.

Article 12

1. La requête visée à l'article 51 de la convention d'association ⁽¹⁾ et à l'article 16 du statut de la Cour ⁽²⁾ contient, outre l'exposé succinct des éléments établissant qu'un règlement à l'amiable du différend n'a pas été obtenu auprès du Conseil d'association et que les parties ne sont pas convenues d'un mode de règlement approprié :

- a) l'indication de la partie requérante et de son domicile élu ;
- b) la désignation de la partie contre laquelle la requête est formée ;
- c) l'exposé de l'objet du différend ;
- d) l'exposé sommaire des moyens invoqués ;
- e) les conclusions de la partie requérante ;
- f) les offres de preuve s'il y a lieu.

2. L'avocat assistant une partie est tenu de déposer au greffe un document certifiant qu'il est inscrit à un barreau d'un État membre ou associé.

Le professeur assistant une partie est tenu de déposer au greffe un document certifiant que sa législation nationale lui reconnaît le droit de plaider.

(1) L'article 51 de la convention d'association du 20 juin 1963 est identique à l'article 53 de la convention du 29 juillet 1969. Voir p. 37.

(2) L'article 16 du statut du 30 mars 1965 est identique à l'article 15 du statut du 29 juillet 1969. Voir p. 44.

3. Si la requête n'est pas conforme aux conditions énumérées aux paragraphes 1 et 2 du présent article, le président fixe à la partie requérante un délai raisonnable aux fins de régularisation de la requête ou de production de pièces mentionnées ci-dessus. A défaut de cette régularisation ou de cette production dans le délai imparti, la Cour décide si l'inobservation de ces conditions entraîne l'irrecevabilité formelle de la requête.

Article 13

Dans le délai fixé par le président, la partie défenderesse présente un mémoire en défense. Ce mémoire contient :

- a) l'indication de la partie défenderesse et de son domicile ;
- b) les moyens invoqués ;
- c) les conclusions de la partie défenderesse ;
- d) les offres de preuve s'il y a lieu.

Les dispositions de l'article 12, paragraphe 2, du présent règlement sont applicables.

Article 14

La partie requérante peut déposer une réplique, si elle le demande, dans les trois semaines qui suivent la signification du mémoire en défense.

La partie défenderesse peut, dans ce cas, déposer une duplique. Le délai de présentation de ces mémoires est fixé par le président.

Article 15

Les parties peuvent faire des offres de preuve dans la réplique et la duplique à l'appui de leur argumentation. Elles motivent le retard apporté à la présentation de leurs offres de preuve.

Article 16

La Cour, les parties entendues, peut à tout moment, pour cause de connexité, ordonner la jonction de plusieurs affaires portant sur

le même objet, aux fins de la procédure écrite ou orale ou de la sentence arbitrale qui met fin à l'instance. Elle peut les disjoindre par la suite.

Article 17

Dès que le président a constaté que la procédure écrite est terminée, la Cour décide, éventuellement par voie de consultation écrite de membres, s'il est nécessaire de procéder à des mesures d'instruction.

Article 18

Au terme de la procédure écrite et de l'instruction éventuelle, le président fixe la date d'ouverture de la procédure orale, à moins que les parties ne renoncent à celle-ci.

De l'instruction

Article 19

1. La Cour fixe les mesures qu'elle juge convenir, par voie d'ordonnance. L'ordonnance est signifiée aux parties.

Si la Cour applique l'article 23 du statut ⁽¹⁾, l'ordonnance fixe le montant de l'avance et le délai dans lequel il doit être consigné au greffe.

2. Les mesures d'instruction comprennent notamment :

- a) la demande de renseignements et la production de documents ;
- b) la preuve par témoins ;
- c) l'expertise ;
- d) la descente sur les lieux.

(1) L'article 23 du statut du 30 mars 1965 est identique à l'article 22 du statut du 29 juillet 1969. Voir p. 46.

3. La Cour procède aux mesures d'instruction qu'elle ordonne ou en charge un ou plusieurs de ses membres.
4. Les parties peuvent assister aux mesures d'instruction.

Article 20

1. La Cour peut ordonner l'audition des témoins, soit d'office, soit à la demande des parties. L'ordonnance de la Cour énonce les points à établir.

Les témoins sont cités par la Cour, soit d'office, soit à la demande des parties.

La demande d'une partie tendant à l'audition d'un témoin indique avec précision les faits sur lesquels il y a lieu de l'entendre et les raisons de nature à justifier son audition.

2. Les témoins dont l'audition est reconnue nécessaire sont cités en vertu d'une ordonnance de la Cour qui contient :

- a) les nom, prénoms, qualité et demeure des témoins ;
- b) l'indication des faits sur lesquels les témoins seront entendus ;
- c) éventuellement, la mention des dispositions prises par la Cour pour le remboursement des frais exposés par les témoins et des mesures applicables aux témoins défailants.

3. Signification de cette ordonnance est faite aux parties et aux témoins.

4. Le greffe fait toute signification aux témoins par l'intermédiaire du gouvernement de l'État sur le territoire duquel la signification doit produire effet.

5. Après vérification de l'identité des témoins, ils sont informés qu'ils ont à certifier sous serment leurs déclarations.

Les témoins sont entendus par la Cour ou par les magistrats enquêteurs, les parties convoquées. Après la déposition, sur demande des parties ou d'office, le président peut poser des questions aux témoins.

La même faculté appartient à chaque membre.

6. Après sa déposition, le témoin prête serment d'avoir dit la vérité, toute la vérité, rien que la vérité.

Le serment est prêté suivant les formes prévues par la législation nationale du témoin.

Avec l'accord des parties, la Cour peut dispenser le témoin de prêter serment.

7. Sous la direction du président ou des magistrats enquêteurs, il est établi un procès-verbal de chaque déposition. Après lecture, ce procès-verbal est signé par le témoin, le président ou un membre et le fonctionnaire visé au paragraphe 1 de l'article 1 du présent règlement.

Article 21

1. La Cour peut ordonner une expertise. L'ordonnance qui nomme l'expert précise la mission de celui-ci et lui fixe un délai pour la présentation de son rapport.

2. L'expert reçoit copie de l'ordonnance, ainsi que toutes les pièces nécessaires à sa mission. Il est placé sous le contrôle d'un membre désigné à cet effet par la Cour, qui peut assister aux opérations d'expertise et est tenu au courant du déroulement de la mission confiée à l'expert.

3. A la demande de l'expert, la Cour peut décider de procéder à l'audition de témoins qui sont entendus suivant les dispositions prévues à l'article 20 du présent règlement. La Cour peut aussi autoriser l'expert à entendre des tierces personnes.

4. L'expert ne peut donner son avis que sur les points qui lui sont expressément soumis.

5. Après la présentation du rapport, la Cour peut ordonner que l'expert soit entendu, les parties convoquées.

6. Après la présentation du rapport, l'expert prête devant la Cour serment d'avoir rempli sa mission en toute conscience et en toute impartialité.

Le serment est prêté suivant les formes prévues par la législation nationale de l'expert.

Avec l'accord des parties, la Cour peut dispenser l'expert de prêter serment.

Article 22

1. Si une des parties récusé un témoin ou un expert pour incapacité, indignité ou toute autre cause ou si un témoin ou un expert refuse de déposer ou de prêter serment, la Cour statue.

2. La récusation d'un témoin ou d'un expert est soulevée dans le délai d'un mois à compter de la signification de l'ordonnance qui cite le témoin ou nomme l'expert, par acte indiquant les causes de récusation et les offres de preuve.

Article 23

1. Les témoins et experts ont droit au remboursement de leurs frais de déplacement et de séjour. Une avance peut leur être accordée sur ces frais par les soins de la Cour.

2. Les témoins ont droit à une indemnité et les experts à des honoraires.

Ces indemnités sont payées aux témoins et experts après l'accomplissement de leurs dépositions ou de leur mission.

Article 24

Les parties peuvent prendre connaissance au greffe des procès-verbaux de l'enquête ainsi que du rapport de l'expert et en obtenir copie à leurs frais.

Article 25

Le président décide que l'instruction est close.

De la procédure orale

Article 26

1. Les audiences sont publiques, sauf décision contraire de la Cour.
2. La décision ordonnant le huis clos comporte l'interdiction de publier des comptes rendus ou tout autre renseignement relatif aux débats.

Article 27

Au cours des débats, les membres de la Cour peuvent poser des questions aux agents, avocats ou conseils des parties.

Article 28

Les parties ne peuvent plaider que par l'organe de leur agent, avocat du conseil.

Article 29

Le président prononce la clôture de la procédure orale.

Article 30

A tout moment, la Cour peut ordonner une mesure d'instruction ou prescrire le renouvellement et l'ampliation de tout acte d'instruction. Elle peut donner mission à un ou plusieurs de ses membres d'exécuter ces mesures.

Article 31

La Cour peut ordonner la réouverture de la procédure orale.

Des sentences arbitrales

Article 32

La sentence arbitrale contient :

- l'indication qu'elle est rendue par la Cour ;
- la date ;
- les noms du président et des membres qui ont pris part au délibéré ;
- l'indication des parties ;
- les noms des agents, avocats ou conseils des parties ;
- l'exposé sommaire des faits et de la demande des parties ;
- les motifs ;
- le dispositif, y compris la décision relative aux dépens.

Article 33

Les sentences arbitrales sont rendues dans les langues officielles choisies par les parties, le texte établi dans la langue choisie par le requérant faisant foi.

Elles sont lues en audience publique, les parties convoquées.

Article 34

1. La minute de la sentence arbitrale, signée par le président et le fonctionnaire visé au paragraphe 1 de l'article 1 du présent règlement, est scellée et déposée au greffe ; copie certifiée conforme en est signifiée à chacune des parties par les soins du greffe.
2. Les sentences arbitrales sont notifiées par le greffe au Conseil d'association pour être communiquées aux États membres et associés et à la Communauté, lorsqu'ils ne sont pas parties au litige.
3. Il est fait mention sur la minute de la sentence arbitrale de la date à laquelle elle a été signifiée aux parties.

Article 35

1. En cas d'erreur matérielle manifeste dans la sentence arbitrale, celle-ci peut être rectifiée par la Cour, soit d'office, soit sur demande d'une partie dans le délai d'un mois à compter de la signification de la sentence. Dans le second cas, l'autre partie, dûment avertie par le greffe, peut présenter des observations écrites dans un délai fixé par le président.
2. La rectification peut être décidée par voie de consultation écrite des membres de la Cour.
3. La minute de l'ordonnance qui prescrit la rectification est annexée à la minute de la sentence rectifiée. Mention de cette ordonnance est faite en marge de la minute de la sentence rectifiée.

Des dépens

Article 36

1. La Cour fixe la part des dépens récupérables dont le remboursement doit être assuré par les parties. S'il y a contestation sur le montant des dépens récupérables, la Cour statue par voie d'ordonnance à la demande de la partie intéressée, l'autre partie ayant été mise en mesure de présenter ses observations écrites.
2. Les parties peuvent, aux fins d'exécution, demander une expédition de l'ordonnance.
3. L'ordonnance peut être prise par voie de consultation écrite des membres de la Cour.

Article 37

1. La Cour effectue les paiements dans la monnaie du pays où elle a son siège.

A la demande de l'intéressé, les paiements se font dans la monnaie du pays dans lequel ont été exposés les frais remboursables ou effectués les actes donnant lieu à l'indemnisation.

2. Les autres débiteurs effectuent leurs paiements dans la monnaie de leur pays d'origine.
3. Le change de monnaie s'effectue suivant le cours officiel au jour du paiement dans le pays où la Cour a son siège.

Des significations

Article 38

1. Les significations prévues au présent règlement sont faites par les soins du greffe au domicile du destinataire soit par envoi postal recommandé, avec accusé de réception, d'une copie de l'acte à signifier, soit par remise de cette copie contre reçu.

Les copies de l'original à signifier sont dressées et certifiées conformes par le fonctionnaire visé au paragraphe 1 de l'article 1 du présent règlement, sauf dans le cas où elles émanent des parties elles-mêmes, conformément à l'article 11, paragraphe 1, du présent règlement.

2. Le récépissé du dépôt et l'accusé de réception ou le reçu sont annexés à l'original de l'acte.

Des désistements

Article 39

Si, avant que la Cour ait statué, les parties se mettent d'accord sur la solution à donner au différend et si elles informent la Cour qu'elles renoncent à toute prétention, la Cour ordonne la radiation de l'affaire du registre et statue sur les dépens éventuels.

Article 40

Si la partie requérante fait connaître par écrit à la Cour qu'elle entend renoncer à l'instance, la Cour ordonne la radiation de l'affaire du registre et statue sur les dépens éventuels.

Disposition finale

Article 41

Le présent règlement, rédigé dans les quatre langues visées par l'article 64 de la convention d'association ⁽¹⁾, est notifié au Conseil d'association, pour être communiqué aux États membres et associés et à la Communauté. Les quatre textes font foi.

(1) L'article 64 de la convention d'association du 20 juin 1963 est identique à l'article 66 de la convention du 29 juillet 1969. Les quatre langues sont l'allemand, le français, l'italien et le néerlandais.

Corte arbitrale

dell'associazione tra la Comunità economica europea
e gli Stati africani e malgascio
associati a tale Comunità

INDICE

I - Convenzione di associazione del 29 luglio 1969 (articoli 41 e 53)	67
II - Protocollo n. 9 del 29 luglio 1969 sui privilegi e sulle immunità (articolo 11)	69
III - Protocollo n. 10 del 29 luglio 1969 relativo alle spese di funzionamento delle istituzioni dell'associazione (articolo 3)	70
IV - Statuto della Corte arbitrale	71
V - Regolamento di procedura della Corte arbitrale	78

I - CONVENZIONE DI ASSOCIAZIONE DEL
29 LUGLIO 1969 (1)

Articolo 41

Le istituzioni dell'associazione sono :

- il Consiglio di associazione assistito dal Comitato di associazione,
- la Conferenza parlamentare dell'associazione,
- la Corte arbitrale dell'associazione.

Articolo 53

1. Le controversie sull'interpretazione o sull'applicazione della presente convenzione tra uno Stato membro, più Stati membri o la Comunità, da una parte, ed uno o più Stati associati, dall'altra, sono deferite da una delle parti in causa al Consiglio di associazione che, nella sessione più prossima, cercherà una soluzione in via amichevole. Se il risultato è negativo e le parti non raggiungono di comune accordo una soluzione appropriata, la controversia è deferita, su richiesta della parte più diligente, alla Corte arbitrale dell'associazione.

2. La Corte arbitrale è composta di cinque membri : un presidente nominato dal Consiglio di associazione e quattro giudici scelti tra personalità che offrano ogni garanzia d'indipendenza e di competenza. I giudici sono designati entro tre mesi dall'entrata in vigore della convenzione e per la durata di essa dal Consiglio di

(1) Gazzetta ufficiale delle Comunità europee, 13° anno, n. L 282, del 28 dicembre 1970, pag. 2.

associazione. Due giudici sono nominati su proposta del Consiglio delle Comunità europee, gli altri due su proposta degli Stati associati. Il Consiglio di associazione nomina con la stessa procedura per ogni giudice un supplente che partecipa alle sedute qualora il giudice titolare non possa farlo.

3. La Corte arbitrale delibera a maggioranza.

4. Le decisioni della Corte arbitrale sono obbligatorie per le parti in causa che devono adottare le misure necessarie per l'esecuzione della sentenza.

5. Lo statuto della Corte arbitrale forma oggetto del protocollo n. 8 allegato alla presente convenzione (1). Il Consiglio di associazione può, su proposta della Corte arbitrale, apportare ogni modificazione a detto statuto.

6. In occasione della prima riunione la Corte arbitrale adotta il proprio regolamento di procedura (2).

(1) Vedasi pag. 71.

(2) Vedasi pag. 78.

II - PROTOCOLLO N. 9 DEL 29 LUGLIO 1969
SUI PRIVILEGI E SULLE IMMUNITÀ (1)

Articolo 11

Le disposizioni dell'articolo 53 della convenzione sono applicabili alle vertenze relative al presente protocollo.

Il Consiglio di coordinamento e la Banca europea per gli investimenti possono essere parti di un'azione dinanzi alla Corte arbitrale dell'associazione.

(1) Gazzetta ufficiale delle Comunità europee, 13° anno, n. L 282 del 28 dicembre 1970, pag. 27.

III - PROTOCOLLO N. 10 DEL 29 LUGLIO 1969 RELATIVO ALLE SPESE DI FUNZIONAMENTO DELLE ISTITUZIONI DELL'ASSOCIAZIONE (1)

Articolo 3

I membri della Corte arbitrale hanno diritto al rimborso delle loro spese di viaggio e delle loro spese di soggiorno. Queste ultime sono stabilite in 20 unità di conto per ogni giorno in cui i membri della Corte arbitrale esercitano le loro funzioni. Tali somme sono pagate loro dalla Corte arbitrale.

Le spese di viaggio e di soggiorno dei membri della Corte arbitrale sono sostenute per metà dalla Comunità e per metà dagli Stati associati.

Le spese di cancelleria della Corte per l'istruzione delle vertenze e per l'organizzazione materiale delle udienze (locali, personale, interpretazione, ecc.) sono sostenute dalla Comunità.

Le spese per misure straordinarie d'istruzione sono pagate dalla Corte insieme alle altre spese alle condizioni contemplate dal suo statuto e sono oggetto di anticipazioni pagate dalle parti alle condizioni stabilite con l'ordinanza della Corte arbitrale o del suo presidente, nella quale sono prescritte tali misure.

(1) Gazzetta ufficiale delle Comunità europee, 13° anno, n. L 282 del 28 dicembre 1970, pag. 29.

IV - STATUTO DELLA CORTE ARBITRALE (1)

Articolo 1

La Corte, istituita dall'articolo 41 della convenzione (2), è costituita ed esercita le proprie funzioni conformemente alle disposizioni della convenzione e del presente statuto.

CAPITOLO I

Dei membri della Corte

Articolo 2

I giudici e i giudici supplenti sono nominati per la durata della convenzione. In caso di morte o di dimissioni di un giudice o di un giudice supplente, il presidente della Corte ne informa il Consiglio di associazione che procede senza indugio alla nomina del nuovo giudice o giudice supplente su proposta, a seconda dei casi, del Consiglio delle Comunità europee o degli Stati associati.

In caso di dimissioni, i giudici ed i giudici supplenti rimangono in carica fino alla nomina del successore.

Articolo 3

I membri titolari o supplenti della Corte prestano giuramento di esercitare le loro funzioni con imparzialità e secondo coscienza e di mantenere il segreto sulle deliberazioni. Il giuramento è pre-

(1) Protocollo n. 8 del 29 luglio 1969. Gazzetta ufficiale delle Comunità europee, 13° anno, n. L 282 del 28 dicembre 1970, pag. 25.

(2) Vedasi pag. 67.

stato, nelle forme stabilite dalle rispettive leggi nazionali, nella prima udienza pubblica successiva alla nomina.

Articolo 4

Il presidente della Corte è nominato per la durata della convenzione. In caso di morte o dimissioni del presidente, la Corte ne informa il Consiglio di associazione che procede senza indugio alla nomina di un nuovo presidente.

In caso di dimissioni, il presidente rimane in carica fino alla nomina del successore.

Articolo 5

Qualora, per un motivo particolare, uno dei membri della Corte reputi di non dover intervenire nella decisione di una causa determinata, ne informa la Corte che delibera in materia.

Qualora il presidente reputi che un giudice della Corte non debba, per un motivo particolare, intervenire nella decisione di una causa determinata, interpella in proposito la Corte che delibera in materia.

Articolo 6

In caso d'impedimento di un giudice questi è sostituito a titolo temporaneo dal supplente, alle condizioni di cui all'articolo 11, terzo comma ; qualora anche quest'ultimo sia impedito, la sostituzione è garantita alle stesse condizioni dal supplente dell'altro giudice, nominato su proposta delle stesse autorità.

Articolo 7

In caso di impedimento del presidente per motivi diversi dal decesso, il Consiglio di associazione può designare una persona destinata a sostituirlo provvisoriamente nelle sue funzioni, in tutto o in parte.

Articolo 8

I membri della Corte godono dei privilegi, della immunità e delle facilitazioni normalmente riconosciuti ai membri delle giurisdizioni internazionali e dai tribunali arbitrali internazionali, affinché la Corte medesima possa assolvere nel migliore dei modi ai propri compiti.

In virtù di quanto sopra, essi non possono in particolare venir perseguiti o ricercati per gli atti da loro compiuti in veste ufficiale; essi continuano a godere di tale immunità dopo la cessazione delle funzioni.

Le immunità di cui al presente articolo, eccezion fatta per quella predisposta in favore degli atti di cui al comma precedente, possono essere revocate dalla Corte.

CAPITOLO II

Dell'organizzazione e dei servizi della Corte

Articolo 9

La Corte siede nello stesso luogo della Corte di giustizia delle Comunità europee.

Articolo 10

Il funzionamento dei servizi della Corte, ed in particolare della cancelleria, è assicurato dai servizi della Corte di giustizia delle Comunità europee.

CAPITOLO III

Del funzionamento della Corte

Articolo 11

La Corte si riunisce secondo le proprie esigenze di funzionamento, su convocazione del presidente.

La Corte siede e delibera validamente solo se composta dal presidente e da quattro giudici.

Il giudice supplente che sia intervenuto nella trattazione di una causa, partecipa alle sedute relative a tale causa fino alla sua conclusione.

Articolo 12

Le parti sono rappresentate da uno o più agenti all'uopo nominati. L'agente può essere assistito da un avvocato iscritto ad un albo professionale di uno Stato membro o di uno Stato associato o da un professore cittadino di uno Stato membro o di uno Stato associato la cui legislazione gli riconosca il diritto di patrocinare.

Articolo 13

Gli agenti, gli avvocati e i consulenti godono dinanzi alla Corte, per la durata delle loro missioni e degli spostamenti necessari al loro adempimento, dei privilegi e delle immunità di rito.

Essi godono in specie dell'immunità per le parole pronunziate e gli scritti prodotti che si riferiscano alla causa.

La Corte può togliere i privilegi e le immunità di cui al primo comma, quando ritenga che ciò non pregiudichi l'interesse della causa.

Articolo 14

Il procedimento è contraddittorio ; le relative modalità sono stabilite dal presente statuto e dal regolamento di procedura della Corte.

Articolo 15

La Corte è adita mediante istanza a cui la parte convenuta deve essere posta in grado di rispondere nel termine impartito dal presidente.

L'istanza contiene :

- l'esposizione dell'oggetto della controversia ;
- l'esposizione sommaria dei fatti da cui risulta che, in sede di Consiglio di associazione, non si è pervenuti ad una soluzione in via amichevole e che le parti non hanno raggiunto di comune accordo una soluzione appropriata ;
- le conclusioni della parte ricorrente ;
- l'esposizione sommaria dei motivi invocati.

Articolo 16

La cancelleria trasmette copia dell'istanza al Consiglio di associazione che la comunica agli Stati membri, alla Comunità e agli Stati associati, i quali possono, prima della fine della fase scritta di cui al regolamento di procedura, depositare presso la Corte le loro osservazioni scritte, senza che peraltro essi divengano parti nella vertenza.

Qualora, a norma del presente statuto, si debba iniziare una procedura orale, gli Stati che hanno depositato osservazioni scritte, possono farvisi rappresentare. La stessa disposizione si applica alla Comunità.

Articolo 17

Le deliberazioni della Corte sono e restano segrete.

Articolo 18

Le sentenze arbitrali della Corte sono motivate e in esse è fatta menzione dei nomi dei giudici che hanno partecipato alla deliberazione.

Esse vengono lette in udienza pubblica.

La Corte decide sulle spese ex aequo et bono.

Articolo 19

Dinanzi alla Corte possono essere usate le quattro lingue di cui all'articolo 66 della convenzione (¹), sia nelle compare, sia nella procedura orale. Spetta alla cancelleria provvedere alla traduzione degli atti di procedura e delle deduzioni orali qualora essa sia chiesta da una delle parti o da uno Stato membro o da uno Stato associato che si sia valso delle disposizioni dell'articolo 16.

Articolo 20

La Corte può assumere o far assumere mezzi istruttori.

I testimoni regolarmente citati sono tenuti ad ottemperare alla citazione ed a presentarsi all'udienza.

La Corte può denunciare alle autorità nazionali la falsa testimonianza, la mancata comparizione dei testimoni ovvero la loro subornazione.

Articolo 21

La Corte può chiedere alle parti di produrre tutti i documenti e di fornire tutte le informazioni che essa ritiene necessarie.

La Corte può del pari chiedere al Consiglio di associazione, alla Comunità, agli Stati membri ed agli Stati associati che non siano parte in causa, tutte le informazioni necessarie alla soluzione della controversia.

Articolo 22

Qualora la Corte decida, su richiesta di una delle parti, oppure d'ufficio, di far ricorso a mezzi istruttori straordinari, ordina alle parti, o ad una delle parti, di versare su un conto speciale l'importo

(¹) L'articolo 66 della convenzione è concepito come segue :

La presente convenzione redatta in unico esemplare in lingua tedesca, francese, italiana e olandese, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositata negli archivi del segretariato del Consiglio delle Comunità europee che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei governi degli Stati firmatari.

dell'anticipo che ritiene necessario per far fronte a tali mezzi istruttori.

La Corte, nel deliberare sulle spese, decide dell'imputazione di tale somma.

Articolo 23

Sono considerate ripetibili le spese sostenute dalle parti e necessarie al patrocinio dei loro diritti, in specie le spese di viaggio e soggiorno ed il compenso all'agente o all'avvocato che rappresenta od assiste le parti dinanzi alla Corte, nonché le spese per i mezzi istruttori straordinari ai sensi dell'articolo 22.

CAPITOLO IV

Delle spese di funzionamento della Corte

Articolo 24

Alle spese di viaggio e soggiorno dei membri della Corte, previste al secondo comma dell'articolo 3 del protocollo n. 10 (1), si provvede mediante anticipi della Corte di giustizia delle Comunità europee.

Il presidente della Corte arbitrale, alla fine di ogni anno, trasmette al Consiglio di associazione una distinta delle somme versate a tale titolo, allegando una relazione speciale sulle spese effettuate nonché i singoli documenti contabili giustificativi.

La distinta è approvata dal Consiglio di associazione che ne ordina il rimborso nel termine di due mesi a decorrere dalla decisione. Il pagamento è per metà a carico della Comunità, e, per l'altra metà, viene ripartito tra gli Stati associati.

(1) Vedasi pag. 70.

V - REGOLAMENTO DI PROCEDURA DELLA CORTE ARBITRALE (1)

Dell'amministrazione della Corte

Articolo 1

1. La cancelleria tiene, sotto la responsabilità del funzionario della Corte di giustizia delle Comunità europee da questa designato a tale scopo, un registro, vidimato dal presidente, in cui sono cronologicamente iscritti tutti gli atti di procedura e i documenti depositati a sostegno, nell'ordine della loro presentazione.

2. L'avvenuta iscrizione nel registro viene annotata sugli originali e, a richiesta delle parti, sulle copie che esse presentano a tal fine.

3. Le inserzioni nel registro e le annotazioni contemplate nel paragrafo precedente hanno valore di atto pubblico.

4. Chiunque vi abbia interesse può consultare il registro ed ottenerne copie o estratti in base alla tariffa della cancelleria della Corte di giustizia delle Comunità europee.

Le parti in causa possono inoltre ottenere, in base a detta tariffa, copie degli atti di procedura e copie autentiche delle ordinanze e delle sentenze.

Articolo 2

Sotto l'autorità del presidente, la cancelleria è incaricata del ricevimento, della trasmissione e della conservazione di tutti gli atti e documenti, come pure delle notifiche previste dal presente regolamento.

(1) Adottato a Lussemburgo il 15 marzo 1966.

Articolo 3

Il funzionario di cui al paragrafo 1 dell'articolo 1 del presente regolamento è responsabile degli archivi e provvede alle pubblicazioni della Corte.

Una raccolta della giurisprudenza della Corte è pubblicata a cura della cancelleria.

Del funzionamento della Corte

Articolo 4

Le date e le ore delle sessioni della Corte sono fissate dal presidente.

Articolo 5

1. La Corte delibera in camera di consiglio.
2. Se vi è stata la fase orale, partecipano alla deliberazione soltanto i membri che vi sono intervenuti.
3. A richiesta di un membro, qualsiasi questione sottoposta a votazione è formulata nella lingua ufficiale di sua scelta e comunicata per iscritto alla Corte.
4. Le conclusioni adottate, in esito alla discussione finale, dalla maggioranza dei membri che hanno partecipato alla deliberazione determinano la decisione della Corte.

Del regime linguistico

Articolo 6

1. Le lingue ufficiali della Corte sono : il francese, l'italiano, l'olandese e il tedesco.
2. Ciascuna parte usa la lingua ufficiale che preferisce.

3. Se un teste o un perito dichiara di non potersi esprimere adeguatamente in una delle lingue ufficiali, la Corte lo autorizza a formulare le sue dichiarazioni in un'altra lingua. La cancelleria provvede alla traduzione nelle lingue ufficiali usate dalle parti.

4. I membri della Corte possono usare una lingua ufficiale diversa da quelle scelte dalle parti. La cancelleria provvede alla traduzione nelle lingue ufficiali usate dalle parti.

5. A richiesta di un giudice o di una parte, la cancelleria provvede alla traduzione in una determinata lingua ufficiale di quanto è stato detto e scritto nel corso del procedimento dinanzi alla Corte.

Articolo 7

Le pubblicazioni della Corte sono fatte nelle lingue ufficiali.

Dei diritti e dei doveri degli agenti, degli avvocati e dei consulenti

Articolo 8

Per godere dei privilegi, delle immunità e delle facilitazioni menzionate nell'articolo 14 dello statuto della Corte (1) :

- a) Gli agenti comprovano in via preliminare la loro qualità mediante un documento ufficiale rilasciato dallo Stato, o dalla Comunità, che essi rappresentano ; una copia di tale documento dev'essere immediatamente trasmessa, dallo Stato o dalla Comunità, alla cancelleria della Corte.
- b) Gli avvocati e i consulenti presentano un'attestazione rilasciata dalla cancelleria. La validità di questa è limitata ad un periodo determinato ; può essere prorogata o ridotta a seconda della durata del procedimento.

(1) L'articolo 14 dello statuto del 30 marzo 1965 è identico all'articolo 13 dello statuto del 29 luglio 1969. Vedasi pag. 74.

Articolo 9

1. L'agente, avvocato o consulente il cui contegno dinanzi alla Corte o a un magistrato sia incompatibile col decoro della Corte o che si valga dei diritti inerenti al suo ufficio per scopi diversi da quelli per i quali essi gli sono stati attribuiti, può venire escluso in qualsiasi momento dal patrocinio mediante ordinanza della Corte, dopo essere stato posto in grado di esporre le sue difese.

L'ordinanza è immediatamente esecutiva.

2. Se un agente, avvocato o consulente è escluso dal patrocinio, il procedimento è sospeso fino alla scadenza del termine fissato dal presidente alla parte interessata per nominare un altro agente, avvocato o consulente.

3. Le decisioni adottate in esecuzione del presente articolo possono essere revocate.

Articolo 10

Gli articoli 8 e 9 del presente regolamento si applicano ai professori di cui all'articolo 13 dello statuto (1).

Del procedimento

Articolo 11

1. L'originale di ogni atto di procedura, sottoscritto dall'agente o dall'avvocato munito di procura, è depositato in cancelleria. Esso dev'essere accompagnato da tante copie quanto sono le parti in causa e da una copia da trasmettersi al Consiglio di associazione.

2. Ai fini dei termini, tutti gli atti di procedura portano la data del giorno del deposito in cancelleria.

La cancelleria accusa ricevuta di tutti gli atti di procedura.

(1) L'articolo 13 dello statuto del 30 marzo 1965 è identico all'articolo 12 dello statuto del 29 luglio 1969. Vedasi pag. 74.

3. Ove occorra, all'originale e alle copie dell'atto di procedura è allegato un fascicolo degli atti o documenti prodotti a sostegno, corredato da un indice degli stessi.
4. Qualora, a causa della mole di un atto o documento, ne siano prodotti soltanto degli estratti, l'atto o documento intero, ovvero copia completa di esso, dev'essere depositato in cancelleria.
5. Copia di ciascun atto della fase scritta è notificata alle parti e al Consiglio di associazione.

Articolo 12

1. Il ricorso contemplato nell'articolo 51 della convenzione ⁽¹⁾ di associazione e nell'articolo 16 dello statuto della Corte ⁽²⁾ deve contenere, oltre all'esposizione sommaria dei fatti da cui risulta che il Consiglio di associazione non ha trovato una soluzione in via amichevole e che le parti non hanno raggiunto di comune accordo una soluzione appropriata :

- a) il nome e il domicilio elettivo del ricorrente ;
- b) la designazione della parte contro cui il ricorso è proposto ;
- c) l'esposizione dell'oggetto della controversia ;
- d) l'esposizione sommaria dei motivi dedotti ;
- e) le conclusioni del ricorrente ;
- f) se del caso, le prove offerte.

2. L'avvocato che assiste una parte deve depositare in cancelleria un certificato da cui risulti la sua iscrizione ad un albo professionale di uno Stato membro o associato.

Il professore che assiste una parte deve depositare in cancelleria un documento da cui risulti che le leggi del suo Paese gli attribuiscono il diritto di patrocinare.

(1) L'articolo 51 della convenzione del 20 giugno 1963 è identico all'articolo 53 della convenzione del 29 luglio 1969. Vedasi pag. 67.

(2) L'articolo 16 dello statuto del 30 marzo 1965 è identico all'articolo 15 dello statuto del 29 luglio 1969. Vedasi pag. 74.

3. Se il ricorso non è conforme a quanto stabilito nei paragrafi 1 e 2 del presente articolo, il presidente impartisce al ricorrente un termine adeguato per regolarizzare il ricorso o produrre i documenti sopra menzionati. In mancanza della regolarizzazione, o della produzione entro il termine, la Corte decide se l'inosservanza delle prescrizioni di cui trattasi implichi l'irricevibilità del ricorso per vizio di forma.

Articolo 13

Nel termine stabilito dal presidente, il convenuto deve presentare il controricorso, contenente :

- a) il nome e il domicilio del convenuto ;
- b) i mezzi dedotti ;
- c) le conclusioni del convenuto ;
- d) se del caso, le prove offerte.

Si applica l'articolo 12, paragrafo 2, del presente regolamento.

Articolo 14

Il ricorrente, ove ne faccia richiesta entro tre settimane dalla notificazione del controricorso, può depositare una replica. In tal caso il convenuto può depositare una controreplica. Il termine per il deposito di dette comparse è stabilito dal presidente.

Articolo 15

Anche nella replica e controreplica le parti possono proporre mezzi di prova a sostegno delle loro argomentazioni, giustificando il ritardo nella presentazione degli stessi.

Articolo 16

La Corte, sentite le parti, può in ogni momento disporre la riunione per connessione, ai fini della fase scritta od orale o della sentenza con cui verrà definito il giudizio, di più cause aventi il medesimo oggetto. Essa può nuovamente separarle.

Articolo 17

Una volta che il presidente abbia constatato che la fase scritta è terminata, la Corte decide, eventualmente mediante consultazione scritta dei suoi membri, se sia necessario procedere ad istruttoria.

Articolo 18

Al termine della fase scritta e dell'eventuale istruttoria, il presidente fissa la data d'inizio della fase orale, a meno che le parti rinunzino a quest'ultima.

Dell'istruzione della causa

Articolo 19

1. La Corte, mediante ordinanza, dispone i mezzi istruttori che ritiene opportuni. L'ordinanza è notificata alle parti.

Qualora la Corte applichi l'articolo 23 dello statuto ⁽¹⁾ l'ordinanza stabilisce l'entità dell'anticipo e il termine per il deposito in cancelleria.

2. Sono mezzi istruttori :

- a) la richiesta d'informazioni e la produzione di documenti ;
- b) la prova testimoniale ;
- c) la perizia ;
- d) l'ispezione di luoghi.

3. La Corte assume i mezzi istruttori da essa disposti ovvero ne incarica uno o più dei suoi membri.

4. Le parti possono assistere all'assunzione dei mezzi istruttori.

(1) L'articolo 23 dello statuto del 30 marzo 1965 è identico all'articolo 22 dello statuto del 29 luglio 1969. Vedasi pag. 76.

Articolo 20

1. La Corte può disporre l'audizione dei testimoni sia d'ufficio, sia ad istanza di parte. La relativa ordinanza indica i punti da accertare.

I testimoni sono citati dalla Corte, d'ufficio o ad istanza di parte.

Nell'istanza di parte per l'assunzione di un testimone si devono precisare i fatti sui quali esso dev'essere sentito e le ragioni che giustificano l'audizione.

2. I testimoni di cui è ritenuta necessaria l'audizione sono citati mediante ordinanza della Corte contenente :

- a) il cognome, il nome, la professione e la residenza dei testimoni ;
- b) i fatti sui quali i testimoni devono essere sentiti ;
- c) eventualmente, la menzione delle disposizioni adottate dalla Corte per il rimborso delle spese sopportate dai testimoni e delle sanzioni applicabili in caso di mancata comparizione.

3. L'ordinanza è notificata alle parti e ai testimoni.

4. Le notificazioni ai testimoni sono effettuate dalla cancelleria tramite il governo dello Stato nel territorio del quale la notificazione deve produrre effetto.

5. Accertata la loro identità, i testimoni vengono informati che essi dovranno confermare le loro dichiarazioni mediante giuramento.

I testimoni depongono dinanzi alla Corte, o ai magistrati di ciò incaricati, previa convocazione delle parti. Dopo la deposizione il presidente, a richiesta delle parti o d'ufficio, può fare delle domande ai testimoni.

La stessa facoltà spetta a ciascun membro.

6. Dopo aver deposto, il testimone giura di aver detto la verità, tutta la verità, nient'altro che la verità.

Il giuramento è prestato nelle forme previste dalla legge nazionale del testimone.

Con il consenso delle parti, la Corte può dispensare il testimone dal giuramento.

7. Sotto la direzione del presidente o dei magistrati incaricati, viene redatto il verbale di ciascuna deposizione. Previa lettura, il verbale è sottoscritto dal testimone, dal presidente o da un membro e dal funzionario di cui all'articolo 1, paragrafo 1, del presente regolamento.

Articolo 21

1. La Corte può disporre perizia. L'ordinanza con cui si nomina il perito ne precisa l'incarico e fissa il termine per la presentazione della relazione peritale.

2. Il perito riceve copia dell'ordinanza e di tutti i documenti necessari all'espletamento del suo incarico. Egli è sottoposto al controllo di un membro all'uopo designato dalla Corte, il quale può assistere alle operazioni peritali ed è tenuto al corrente dello svolgimento dell'incarico affidato al perito.

3. A richiesta del perito, la Corte può procedere all'audizione di testimoni i quali sono sentiti in conformità a quanto disposto dall'articolo 20 del presente regolamento. La Corte può pure autorizzare il perito a interrogare dei terzi.

4. Il perito può esprimere il suo parere soltanto sui quesiti che gli sono stati espressamente sottoposti.

5. Dopo il deposito della relazione, la Corte può ordinare l'audizione del perito, previa convocazione delle parti.

6. Dopo il deposito della relazione, il perito giura dinanzi alla Corte di aver adempiuto il suo incarico secondo coscienza e con assoluta imparzialità.

Il giuramento è prestato nelle forme previste dalla legge nazionale del perito.

Con il consenso delle parti, la Corte può dispensare il perito dal giuramento.

Articolo 22

1. Se una parte ricusa un testimone o un perito per incapacità, indegnità o qualsiasi altro motivo, ovvero se un testimone o un pe-

rito si rifiuta di deporre o di prestare giuramento, la Corte provvede.

2. La ricasazione di un testimone o di un perito va proposta nel termine di un mese dalla notifica dell'ordinanza con cui si cita il testimone o si nomina il perito, con atto indicante il motivo della ricasazione e le prove offerte.

Articolo 23

1. I testimoni e i periti hanno diritto al rimborso delle spese di viaggio e di soggiorno. La Corte può concedere loro un anticipo su tali spese.

2. I testimoni hanno diritto a un'indennità e i periti all'onorario.

Detti compensi sono versati ai testimoni ed ai periti una volta terminata la deposizione e, rispettivamente, l'incarico.

§ 11

Articolo 24

Le parti possono prendere visione in cancelleria dei verbali dell'istruzione e della relazione peritale ed ottenerne copia a loro spese.

Articolo 25

La chiusura dell'istruttoria è decisa dal presidente.

Della fase orale

Articolo 26

1. Le udienze sono pubbliche, salvo diversa decisione della Corte.

2. La decisione di procedere a porte chiuse implica il divieto di pubblicare dei resoconti o qualsiasi altra informazione relativa alla discussione orale.

Articolo 27

Nel corso della discussione orale, i membri della Corte possono fare delle domande agli agenti, avvocati o consulenti delle parti.

Articolo 28

Le parti possono partecipare alla discussione orale solo col ministero del loro agente, avvocato o consulente.

Articolo 29

Il presidente dichiara la chiusura della fase orale.

Articolo 30

La Corte può in ogni momento disporre un mezzo istruttorio o prescrivere la rinnovazione e l'ampliamento di un atto di istruzione. Essa può incaricarne uno o più dei suoi membri.

Articolo 31

La Corte può ordinare la riapertura della fase orale.

Delle sentenze arbitrali

Articolo 32

La sentenza arbitrale contiene :

- l'indicazione che essa è pronunciata dalla Corte ;
- la data ;
- il nome del presidente e dei membri che hanno partecipato alla deliberazione ;
- l'indicazione delle parti ;
- il nome degli agenti, avvocati o consulenti delle parti ;
- l'esposizione sommaria dei fatti e delle domande delle parti ;
- la motivazione ;
- il dispositivo, ivi compresa la decisione relativa alle spese.

Articolo 33

Le sentenze arbitrali sono pronunciate nelle lingue ufficiali scelte dalle parti ; fa fede il testo redatto nella lingua scelta dal ricorrente.

Articolo 34

1. L'originale della sentenza arbitrale, sottoscritto dal presidente e dal funzionario di cui all'articolo 1, paragrafo 1, del presente regolamento, è munito del sigillo della Corte e depositato in cancelleria ; a cura della cancelleria la sentenza è notificata in copia autentica a ciascuna delle parti.

2. Le sentenze arbitrali sono trasmesse dalla cancelleria al Consiglio di associazione affinché questo ne dia comunicazione agli Stati membri e associati e alla Comunità, che non siano parti in causa.

3. Sull'originale della sentenza arbitrale viene annotata la data della notifica alle parti.

Articolo 35

1. In caso di errore materiale manifesto, la sentenza arbitrale può essere rettificata dalla Corte, d'ufficio o ad istanza di parte da proporsi entro il termine di un mese dalla notifica della sentenza. Nel secondo caso l'altra parte, debitamente informata dalla cancelleria, può presentare osservazioni scritte entro un termine fissato dal presidente.

2. La rettifica può essere decisa mediante consultazione scritta dei membri della Corte.

3. L'originale dell'ordinanza che dispone la rettifica è allegato all'originale della sentenza rettificata. In margine all'originale della sentenza rettificata viene fatta menzione di detta ordinanza.

Delle spese

Articolo 36

1. La Corte stabilisce la parte delle spese ripetibili alla cui rifusione dev'essere provveduto dalle parti. In caso di contestazione sull'ammontare delle spese ripetibili, la Corte statuisce con ordinanza ad istanza della parte interessata, dopo aver posto l'altra parte in grado di presentare le sue osservazioni scritte.
2. Ai fini dell'esecuzione, le parti possono chiedere una copia autentica dell'ordinanza.
3. L'ordinanza può essere adottata mediante consultazione scritta dei membri della Corte.

Articolo 37

1. La Corte effettua i pagamenti nella valuta del paese in cui essa ha sede.
A richiesta dell'interessato, i pagamenti sono effettuati nella valuta del paese nel quale sono state fatte le spese ripetibili o nel quale si sono compiuti gli atti che danno luogo a rifusione.
2. Gli altri debitori effettuano i pagamenti nella valuta del paese di origine.
3. Il cambio delle valute è effettuato al corso ufficiale del giorno del pagamento nel paese dove ha sede la Corte.

Delle notifiche

Articolo 38

1. Le notifiche previste nel presente regolamento sono fatte, a cura della cancelleria, al domicilio del destinatario, o inviando mediante raccomandata con ricevuta di ritorno una copia dell'atto da notificare, ovvero consegnandone copia contro ricevuta.

Le copie dell'atto da notificare sono stese e autenticate dal funzionario di cui all'articolo 1, paragrafo 1, del presente regolamento, a meno che non si tratti di atti provenienti dalle parti stesse, ai sensi dell'articolo 11, paragrafo 1, del presente regolamento.

2. La cedola della raccomandata e la ricevuta di ritorno ovvero la ricevuta della consegna sono allegati all'originale.

Della rinunzia agli atti

Articolo 39

Se, prima che essa abbia statuito, le parti si accordano per risolvere la controversia e la informano di rinunciare ad ogni pretesa, la Corte ordina la cancellazione della causa dal ruolo e provvede sulle eventuali spese.

Articolo 40

Se il ricorrente comunica per iscritto che intende rinunciare agli atti, la Corte ordina la cancellazione della causa dal ruolo e provvede sulle eventuali spese.

Disposizione finale

Articolo 41

Il presente regolamento, redatto nelle quattro lingue di cui all'articolo 64 della convenzione di associazione ⁽¹⁾, viene trasmesso al Consiglio di associazione, per essere comunicato agli Stati membri e associati ed alla Comunità. I quattro testi fanno fede.

(1) L'articolo 64 della convenzione del 20 giugno 1963 è identico all'articolo 66 della convenzione del 29 luglio 1969. Le quattro lingue sono: il tedesco, il francese, l'italiano e l'olandese.

Arbitragehof

van de associatie tussen de Europese Economische Gemeenschap
en de met deze Gemeenschap
geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar

INHOUD

I - Associatieovereenkomst van 29 juli 1969 (artikelen 41 en 53)	97
II - Protocol nr. 9 van 29 juli 1969 betreffende de voorrechten en immunititeiten (artikel 11)	99
III - Protocol nr. 10 van 29 juli 1969 betreffende de huishoudelijke kosten van de instellingen der associatie (artikel 3)	100
IV - Statuut van het Arbitragehof	101
V - Reglement voor de procesvoering van het Arbitragehof	108

I - ASSOCIATIEOVEREENKOMST VAN 29 JULI 1969 (1)

Artikel 41

De instellingen van de Associatie zijn :

- de Associatieraad, bijgestaan door het Associatiecomité,
- de Parlementaire Conferentie van de Associatie,
- het Arbitragehof van de Associatie.

Artikel 53

1. Geschillen betreffende de uitlegging of toepassing van deze Overeenkomst, die tussen een Lid-Staat, meerdere Lid-Staten of de Gemeenschap, enerzijds, en een of meer geassocieerde Staten, anderzijds, rijzen, worden door een der bij het geschil betrokken partijen voorgelegd aan de Associatieraad, die deze tijdens zijn eerstvolgende zitting in der minne tracht te schikken. Indien hij hierin niet slaagt en de partijen geen overeenstemming bereiken omtrent een passende regeling, wordt het geschil op verzoek van de meest gereede partij voor het Arbitragehof van de Associatie gebracht.

2. Het Arbitragehof bestaat uit vijf leden : een President, die door de Associatieraad wordt benoemd, en vier rechters, gekozen uit personen die alle waarborgen voor onafhankelijkheid en betrouwbaarheid bieden. De rechters worden binnen drie maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst en voor de duur daarvan door de Associatieraad benoemd. Twee van hen worden benoemd

(1) Publikatieblad van de Europese Gemeenschappen, 13^e jaargang, nr. L 282, van 28 december 1970, blz. 2.

op voordracht van de Raad van de Europese Gemeenschappen, de beide andere op voordracht van de geassocieerde Staten. De Associatieraad benoemt, volgens dezelfde procedure, voor iedere rechter een plaatsvervanger, die zitting heeft bij verhindering van de gewone rechter.

3. Het Arbitragehof beslist met meerderheid van stemmen.
4. De besluiten van het Arbitragehof zijn verbindend voor de partijen bij de geschillen, die verplicht zijn tot het treffen van de noodzakelijke maatregelen voor de uitvoering daarvan.
5. Het Statuut van het Arbitragehof is neergelegd in Protocol nr. 8 bij deze Overeenkomst ⁽¹⁾. De Associatieraad kan, op voorstel van het Arbitragehof, wijzigingen in dit Statuut aanbrengen.
6. In zijn eerste vergadering stelt het Arbitragehof zijn Reglement voor de procesvoering vast ⁽²⁾.

⁽¹⁾ Zie blz. 101.

⁽²⁾ Zie blz. 108.

II - PROTOCOL Nr. 9 VAN 29 JULI 1969
BETREFFENDE DE VOORRECHTEN EN IMMUNITEITEN (1)

Artikel 11

Artikel 53 van de Overeenkomst (2) is van toepassing op de geschillen betreffende dit Protocol.

De Coördinatieraad en de Europese Investeringsbank kunnen partij zijn in een zaak voor het Arbitragehof van de Associatie.

(1) Publikatieblad van de Europese Gemeenschappen, 13^e jaargang, nr. L 282, van 28 december 1970, blz. 27.

(2) Zie blz. 97.

III - PROTOCOL Nr. 10 VAN 29 JULI 1969
BETREFFENDE DE HUISHOUDELIJKE KOSTEN VAN DE
INSTELLINGEN DER ASSOCIATIE (1)

Artikel 3

De leden van het Arbitragehof hebben recht op vergoeding van hun reis- en verblijfkosten. Deze laatste worden vastgesteld op 20 rekeneenheden voor iedere dag waarop de leden van het Arbitragehof hun functie uitoefenen. Deze bedragen worden hun door het Arbitragehof uitbetaald.

De reis- en verblijfkosten van de leden van het Arbitragehof worden voor de helft door de Gemeenschap en voor de helft door de geassocieerde Staten gedragen.

De uitgaven betreffende de griffie van het Arbitragehof, voor de instructie van geschillen en voor de technische organisatie der zittingen (vergaderruimten, personeel, tolkendiensten, enzovoorts) worden door de Gemeenschap gedragen.

De uitgaven voor buitengewone instructiemaatregelen worden met de overige gerechtskosten door het Arbitragehof gedragen op de wijze in zijn Statuut bepaald en worden door de partijen voorgeschoten op de wijze, bepaald bij een beschikking van het Arbitragehof of van zijn Voorzitter, waarin deze maatregelen zijn voorgeschreven.

(1) Publikatieblad van de Europese Gemeenschappen, 13^e jaargang, nr. L 282, van 28 december 1970, blz. 29.

IV - STATUUT VAN HET ARBITRAGEHOF (1)

Artikel 1

Het bij artikel 41 van de Overeenkomst (2) ingestelde Hof wordt samengesteld en oefent zijn functies uit overeenkomstig de bepalingen van de Overeenkomst en van dit Statuut.

HOOFDSTUK I

Van de leden van het Hof

Artikel 2

De rechters en de rechters-plaatsvervangers worden benoemd voor de duur van de Overeenkomst. In geval van overlijden of aftreding van een rechter of een rechter-plaatsvervanger doet de President van het Hof daarvan mededeling aan de Associatieraad, die onverwijld de nieuwe rechter of rechter-plaatsvervanger benoemt, op voordracht van de Raad van de Europese Gemeenschappen of van de geassocieerde Staten, al naar gelang het geval.

In geval van aftreding blijven de rechters en de rechters-plaatsvervangers in functie totdat hun opvolger is benoemd.

Artikel 3

De gewone leden en de plaatsvervangende leden van het Hof leggen de eed af dat zij hun functies in onpartijdigheid en geheel overeenkomstig hun geweten zullen uitoefenen en dat zij niets van

(1) Protocol nr. 8 van 29 juli 1969. Publikatieblad van de Europese Gemeenschappen, 13^e jaargang, nr. L 282, van 28 december 1970, blz. 25.

(2) Zie blz. 97.

het geheim der beraadslagingen openbaar zullen maken. Deze eed wordt op de eerstvolgende openbare terechtzitting na hun benoeming afgelegd overeenkomstig de ter zake in de nationale wetgeving dier leden voorgeschreven vormen.

Artikel 4

De President van het Hof wordt benoemd voor de duur van de Overeenkomst. In geval van overlijden of aftreding van de President doet het Hof hiervan mededeling aan de Associatieraad, die onverwijld een nieuwe President benoemt.

In geval van aftreding blijft de President in functie totdat zijn opvolger is benoemd.

Artikel 5

Wanneer een lid van het Hof om een bijzondere reden van oordeel is dat hij niet dient deel te nemen aan de berechting van een bepaalde zaak doet hij daarvan mededeling aan het Hof, dat beslist.

Indien de President van oordeel is dat een der rechters van het Hof om een bijzondere reden niet deel dient te nemen aan de berechting van een bepaalde zaak, wendt hij zich ter zake tot het Hof, dat beslist.

Artikel 6

In geval van verhindering van een rechter wordt hij overeenkomstig de bepalingen van artikel 11, derde alinea, tijdelijk vervangen door zijn plaatsvervanger ; indien deze laatste op zijn beurt verhinderd is, wordt hij op dezelfde voet vervangen door de plaatsvervanger van de andere, op voordracht van dezelfde autoriteiten benoemde, rechter.

Artikel 7

In geval van verhindering van de President anders dan door overlijden kan de Associatieraad een persoon aanwijzen, die deze in al zijn functies of in een deel daarvan voorlopig dient te vervangen.

Artikel 8

De leden van het Hof genieten, in het belang van de vervulling van de taak van het Hof, de voorrechten, immuniteiten en faciliteiten die normaal aan de leden van internationale gerechten en van internationale scheidsgerichten worden verleend.

Uit dien hoofde kunnen zij met name niet worden vervolgd, noch ook in enig opsporingsonderzoek worden betrokken met betrekking tot hetgeen zij in hun officiële hoedanigheid hebben gedaan; zij blijven deze immuniteit genieten nadat zij hun ambt hebben neergelegd.

Het Hof kan de in dit artikel bedoelde immuniteiten opheffen, met uitzondering van die ter bescherming van de in de vorige alinea bedoelde handelingen.

HOOFDSTUK II

Van de organisatie en van de diensten van het Hof

Artikel 9

Het Hof houdt zitting op dezelfde plaats als waar het Hof van Justitie der Europese Gemeenschappen zitting houdt.

Artikel 10

De diensten van het Hof van Justitie der Europese Gemeenschappen dragen zorg voor de werking van de diensten van het Hof en met name voor die van zijn griffie.

HOOFDSTUK III

Van de werkzaamheid van het Hof

Artikel 11

De President roept het Hof bijeen naar gelang dit voor de vervulling van deszelfs taak nodig is.

Om op geldige wijze zitting te houden en te beslissen moet het Hof zijn samengesteld uit zijn President en vier rechters.

Een rechter-plaatsvervanger, die heeft moeten deelnemen aan de berechting van een zaak, zal over die zaak zitten tot de berechting is afgesloten.

Artikel 12

Partijen worden door een of meer daartoe aangewezen gemachtigden vertegenwoordigd. De gemachtigde kan zich doen bijstaan door een advocaat, ingeschreven bij een balie van een Lid-Staat of een geassocieerde Staat, of door een hoogleraar, die onderdaan is van een Lid-Staat of van een geassocieerde Staat, waarvan de wetgeving hem het recht toekent te pleiten.

Artikel 13

De gemachtigden, advocaten en raadsleden die voor het Hof verschijnen genieten tijdens de duur van hun taak en van de ter vervulling daarvan benodigde reistijd de gebruikelijke voorrechten en immuniteiten.

Uit dien hoofde genieten zij met name immuniteit voor hetgeen zij met betrekking tot de zaak hebben gezegd en geschreven.

Het Hof kan de in de eerste alinea bedoelde voorrechten en immuniteiten opheffen wanneer het van oordeel is dat deze maatregel niet strijdig is met het belang van het geding.

Artikel 14

Het geding is contradictoir ; de ter zake te volgen regels zijn neergelegd in dit statuut en het reglement voor de procesvoering van het Hof.

Artikel 15

Een zaak wordt bij het Arbitragehof aanhangig gemaakt door middel van een verzoekschrift ; de verwerende partij wordt in de

gelegenheid gesteld hierop te antwoorden binnen een door de President vast te stellen termijn.

Dit verzoekschrift houdt in :

- een uiteenzetting van het onderwerp van het geschil ;
- een beknopte weergave der feiten, waaruit blijkt dat in de Associatieraad niet een schikking in der minne kon worden bereikt en dat partijen niet tot overeenstemming zijn gekomen ten aanzien van een passende regeling ;
- de conclusies van de eisende partij ;
- een summiere uiteenzetting van de aangevoerde middelen.

Artikel 16

De griffie zendt een afschrift van het verzoekschrift aan de Associatieraad die zorg draagt voor de betekening daarvan aan de Lid-Staten, aan de Gemeenschap en aan de geassocieerde Staten, die tot aan het einde van de schriftelijke behandeling, bedoeld bij het reglement voor de procesvoering, aan het Hof schriftelijke opmerkingen kunnen voorleggen, zonder dat zij daarom geacht worden bij het geschil partij te worden.

Wanneer er krachtens dit Statuut aanleiding bestaat een mondelinge behandeling te doen plaatsvinden, kunnen de Staten welke schriftelijke opmerkingen hebben ingezonden, zich bij die behandeling doen vertegenwoordigen. Dezelfde bepaling geldt voor de Gemeenschap.

Artikel 17

De beraadslagingen van het Hof zijn en blijven geheim.

Artikel 18

De scheidsrechterlijke uitspraken van het Hof zijn met redenen omkleed en vermelden de namen der rechters die aan de beslissingen hebben deelgenomen.

De uitspraken worden op de openbare terechtzitting voorgelezen.

Het Hof beslist ex aequo et bono over de kosten.

Artikel 19

Zowel voor de schriftelijke als de mondelinge behandeling kan voor het Hof gebruik gemaakt worden van de vier in artikel 66 der Overeenkomst (1) genoemde talen. De griffie draagt zorg voor de vertaling van de processtukken en pleidooien wanneer zulks door een der partijen, of door een Lid-Staat of door een geassocieerde Staat, die van de in artikel 16 omschreven rechten gebruik heeft gemaakt, wordt verzocht.

Artikel 20

Het Hof kan tot instructie overgaan of last geven zulks te doen.

De getuige die behoorlijk is opgeroepen zal aan deze oproep gevolg moeten geven en ter terechtzitting moeten verschijnen.

Het Hof kan bij de nationale overheid aangifte doen van valse getuigenis, niet verschijnen van getuigen of strafbare beïnvloeding van getuigen.

Artikel 21

Het Hof kan partijen verzoeken alle stukken over te leggen en alle inlichtingen te verstrekken welke het nodig acht.

Het Hof kan eveneens aan de Associatieraad, de Gemeenschap, de Lid-Staten en de geassocieerde Staten, die geen partij zijn bij het geschil, verzoeken, alle inlichtingen te verstrekken welke het voor de beslechting daarvan nodig acht.

Artikel 22

Wanneer het Hof op verzoek van een der partijen of ambts-halve beslist buitengewone instructiemaatregelen te gelasten, be-

(1) Artikel 66 der Overeenkomst luidt als volgt :

„Deze Overeenkomst, opgesteld in één exemplaar in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van het Secretariaat van de Raad der Europese Gemeenschappen, dat een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de Regeringen van de ondertekenende Staten.”

veelt het aan de partijen of aan één daarvan op een bijzondere rekening het bedrag te storten van de voorschotten, dat het in verband met de voor deze instructiemaatregelen te maken kosten nodig acht.

Het Hof beslist bij de kostenuitspraak over de verrekening van deze som.

Artikel 23

Als terugvorderbare kosten worden beschouwd de door partijen gemaakte kosten voor zover tot het geldend maken hunner rechten noodzakelijk, en met name de reis- en verblijfkosten en het honorarium van de gemachtigde of de advocaat die hen voor het Hof vertegenwoordigt of bijstaat, alsook de kosten voor de buitengewone instructiemaatregelen in de zin van artikel 22.

HOOFDSTUK IV

Van de huishoudelijke kosten van het Hof

Artikel 24

De in artikel 3, tweede alinea, van Protocol 10 (1) bedoelde reis- en verblijfkosten van de leden van het Hof worden door het Hof van Justitie der Europese Gemeenschappen voorgeschoten.

Aan het einde van ieder jaar zendt de President van het Arbitragehof aan de Associatieraad een afrekening van de uit dien hoofde gestorte bedragen, vergezeld van een speciaal verslag over de gedane uitgaven en van boekhoudkundige bewijsstukken.

Deze rekening wordt vastgesteld door de Associatieraad; deze schrijft de terugbetaling daarvan voor binnen twee maanden na zijn besluit. Het verschuldigde bedrag wordt voor de helft door de Gemeenschap gedragen, de andere helft wordt over de geassocieerde Staten omgeslagen.

(1) Zie blz. 100.

**V - REGLEMENT VOOR DE PROCESVOERING
VAN HET ARBITRAGEHOF (1)
Van de administratie van het Hof**

Artikel 1

1. Ter griffie wordt, onder verantwoordelijkheid van de daartoe door het Hof van Justitie van de Europese Gemeenschappen aangewezen ambtenaar, een door de President te paraferen register gehouden, waarin achter elkander, in de volgorde van indiening, alle processtukken en de ter ondersteuning daarvan neergelegde bescheiden worden ingeschreven.
2. Van de inschrijving in het register wordt aantekening gedaan op de originele stukken en, op verzoek van de partijen, op de afschriften, welke deze hiertoe overleggen.
3. De inschrijving in het register en de in de vorige paragraaf bedoelde aantekeningen hebben kracht van authentieke akte.
4. Iedere belanghebbende kan het register ter griffie raadplegen en daarvan afschriften of uittreksels verkrijgen tegen de voorwaarden, bepaald in het tarief van de griffie van het Hof van Justitie van de Europese Gemeenschappen.

Partijen in hangende gedingen kunnen voorts tegen genoemde voorwaarden afschriften van de processtukken verkrijgen, alsmede expedities van de beschikkingen en scheidsrechterlijke uitspraken.

Artikel 2

Onder gezag van de President is de griffie belast met de ontvangst, de doorzending en de bewaring van alle stukken, alsmede

(1) Vastgesteld te Luxemburg op 15 maart 1966.

met de betekeningen, welke krachtens dit reglement moeten geschieden.

Artikel 3

De in paragraaf 1 van artikel 1 van dit reglement bedoelde ambtenaar is verantwoordelijk voor de archieven en de publikaties van het Hof.

De griffie is belast met de uitgave van de jurisprudentie van het Hof.

Van de werkwijze van het Hof

Artikel 4

De President stelt de dag en het uur van de zittingen van het Hof vast.

Artikel 5

1. Het Hof beraadslaagt in raadkamer.
2. Indien een mondelinge behandeling heeft plaatsgevonden, wordt aan de beraadslaging uitsluitend deelgenomen door de leden die daarbij tegenwoordig waren.
3. Op verzoek van een lid wordt elke vraag, alvorens in stemming te worden gebracht, in de bij dit verzoek aangeduide officiële taal geformuleerd en schriftelijk aan het Hof voorgelegd.
4. De beslissing van het Hof wordt bepaald door het gevoelen van de meerderheid der leden die aan de beraadslagingen hebben deelgenomen, gelijk dit bij de eindbespreking werd gevormd.

Van het taalgebruik

Artikel 6

1. De officiële talen van het Hof zijn : Duits, Frans, Italiaans en Nederlands.
2. Iedere partij bezigt de door haar gekozen officiële taal.

3. Wanneer een getuige of deskundige verklaart, dat hij zich niet genoegzaam in een der officiële talen kan uitdrukken, machtigt het Hof hem zijn verklaringen in een andere taal af te leggen. De griffie draagt zorg voor de vertaling in de door partijen gebezigde officiële talen.

4. Aan de leden van het Hof is het gebruik van een andere officiële taal dan de door partijen gebezigde toegestaan. De griffie draagt zorg voor de vertaling in de door partijen gebezigde officiële talen.

5. Op verzoek van een der rechters of van een partij draagt de griffie zorg voor de vertaling in de bij dit verzoek aangeduide officiële taal van al hetgeen gedurende de procedure voor het Hof is gezegd of geschreven.

Artikel 7

De publikaties van het Hof geschieden in de officiële talen.

Van de rechten en verplichtingen der gemachtigden, raadslieden en advocaten

Artikel 8

Ten einde de in artikel 14 van het Statuut van het Hof ⁽¹⁾ voorziene privileges en immuniteiten te kunnen genieten :

- a) bewijzen de gemachtigden hun hoedanigheid door een officiële verklaring, daartoe afgegeven door de Staat of de Gemeenschap die zij vertegenwoordigen ; een afschrift van deze verklaring wordt onverwijld door de betreffende Staat of Gemeenschap aan de griffie betekend ;
- b) doen de advocaten of raadslieden zulks door middel van een legitimatiebewijs, afgegeven door de griffie. De geldigheidsduur van bedoeld bewijs is beperkt tot een daartoe vastgestelde ter-

(1) Artikel 14 van het Statuut van 30 maart 1965 is identiek met artikel 13 van het Statuut van 29 juli 1969. Zie blz. 104.

mijn, welke evenwel in de loop van het proces kan worden verlengd of verkort.

Artikel 9

1. De gemachtigde, raadsman of advocaat die zich voor het Hof of een magistraat gedraagt op een wijze welke met de waardigheid van het Hof onverenigbaar is, of die van de hem met het oog op zijn functie toegekende rechten een ander gebruik maakt dan waartoe die rechten hem zijn verleend, kan te allen tijde en zonder dat de verdediging van de betrokken partij wordt geschaad, bij beschikking van het Hof van verdere deelneming aan de procesvoering worden uitgesloten.

Deze beschikking is onmiddellijk uitvoerbaar.

2. Wanneer een gemachtigde, raadsman of advocaat van verdere deelneming aan de procesvoering is uitgesloten, wordt het geding voor een door de President te bepalen termijn geschorst, ten einde de betrokken partij in de gelegenheid te stellen een andere gemachtigde, raadsman of advocaat aan te wijzen.

3. De ter uitvoering van dit artikel gegeven uitspraken kunnen worden ingetrokken.

Artikel 10

De bepalingen van de artikelen 8 en 9 van dit reglement zijn van toepassing op de in artikel 13 van het Statuut (1) bedoelde hoogleraren.

Van de procedure

Artikel 11

1. Het origineel van ieder processtuk, ondertekend door de gemachtigde of de advocaat die daartoe mandaat heeft verkregen, wordt neergelegd ter griffie.

(1) Artikel 13 van het Statuut van 30 maart 1965 is identiek met artikel 12 van het Statuut van 29 juli 1969. Zie blz. 104.

Het gaat vergezeld van evenveel voor eensluitend afschrift ge-
waarmerkte kopieën als er procespartijen zijn, alsmede van een
kopie bestemd voor de Associatieraad.

2. Voor de berekening van de procestermijnen geldt voor ieder
processtuk de dagtekening van zijn nederlegging ter griffie. De
griffie bevestigt de ontvangst van elk processtuk.

3. Zo nodig gaan het origineel en de afschriften van het proces-
stuk vergezeld van een dossier, bevattende de stukken en bescheiden
waarop een beroep wordt gedaan, alsmede van een staat dier stuk-
ken en bescheiden.

4. Wanneer wegens de omvang van een stuk of document slechts
uittreksels zijn bijgevoegd, wordt het gehele document of een vol-
ledig afschrift daarvan ter griffie neergelegd.

5. Een afschrift van elk stuk van de schriftelijke behandeling
wordt aan de partijen en aan de Associatieraad betekend.

Artikel 12

1. Behalve een beknopte weergave der feiten, waaruit blijkt dat
in de Associatieraad niet een schikking in der minne kon worden
bereikt en dat partijen niet tot overeenstemming zijn gekomen ten
aanzien van een passende regeling, bevat het in artikel 51 van de
Associatieovereenkomst ⁽¹⁾ en artikel 16 van het Statuut van het
Hof ⁽²⁾ bedoelde verzoekschrift :

- a) de aanduiding van de naam van de eisende partij en van zijn
gekozen domicilie ;
- b) de aanduiding van de partij tegen wie het verzoekschrift is
gericht ;
- c) een uiteenzetting van het onderwerp van het geschil ;

(1) Artikel 51 van de Associatieovereenkomst van 20 juni 1963 is identiek met
artikel 53 van de Associatieovereenkomst van 29 juli 1969. Zie blz. 97.

(2) Artikel 16 van het Statuut van 30 maart 1965 is identiek met artikel 15
van het Statuut van 29 juli 1969. Zie blz. 104.

- d) een summiere uiteenzetting der aangevoerde middelen ;
- e) de conclusies van de eisende partij ;
- f) zo nodig, de bewijsaanbiedingen.

2. De advocaat, die een partij bijstaat, is gehouden ter griffie een legitimatiebewijs te deponeren waaruit blijkt, dat hij bij een balie van een der Lid-Staten of geassocieerde Staten is ingeschreven.

De hoogleraar, die een partij bijstaat, is gehouden ter griffie een stuk te deponeren, waaruit blijkt dat zijn nationale wetgeving hem het recht toekent te pleiten.

3. Indien het verzoekschrift niet beantwoordt aan de voorwaarden, vermeld in de paragrafen 1 en 2 van dit artikel, stelt de President de eisende partij een redelijke termijn, ten einde de verzuimen in het verzoekschrift te herstellen dan wel de bovenbedoelde stukken over te leggen. Wordt aan deze aanwijzingen binnen bedoelde termijn geen gevolg gegeven, dan beslist het Hof of het niet in acht nemen van genoemde voorwaarden tot de formele niet-ontvankelijkheid van het verzoekschrift leidt.

Artikel 13

Binnen een door de President te bepalen termijn dient de verwerende partij een verweerschrift in. Dit stuk bevat :

- a) de aanduiding van de naam van de verwerende partij en van zijn gekozen domicilie ;
- b) de aangevoerde middelen ;
- c) de conclusies van de verwerende partij ;
- d) zo nodig, de bewijsaanbiedingen.

De bepalingen van artikel 12, paragraaf 2, van dit reglement zijn van toepassing.

Artikel 14

Indien de eisende partij binnen drie weken na de betekening van het verweerschrift zulks verzoekt, kan zij nog een conclusie van

replik neerleggen. In dat geval kan de verwerende partij een conclusie van dupliek indienen. De President stelt de termijn vast waarbinnen deze memories moeten worden ingediend.

Artikel 15

Partijen kunnen in de repliek en in de dupliek aanbieden haar stellingen nader te bewijzen. De vertraging, waarmede zodanig bewijsaanbod geschiedt, dient te worden gemotiveerd.

Artikel 16

Het Hof kan in iedere stand van het geding, partijen gehoord, meerdere aanhangige zaken, welke op hetzelfde onderwerp betrekking hebben, wegens verknochtheid voegen, zowel voor de schriftelijke of mondelinge behandeling als ter gelijktijdige berechting bij de scheidsrechterlijke einduitspraak. Het Hof kan de voeging ongedaan maken.

Artikel 17

Wanneer de President heeft vastgesteld dat de schriftelijke behandeling is geëindigd, beslist het Hof, in voorkomend geval bij wege van schriftelijke raadpleging zijner leden, of maatregelen van instructie noodzakelijk zijn.

Artikel 18

Na afloop van de schriftelijke behandeling en van de eventuele instructie, stelt de President de dag van de opening van de mondelinge behandeling vast, tenzij partijen verklaren daarvan af te zien.

Van de instructie

Artikel 19

1. Het Hof bepaalt bij beschikking de maatregelen welke nodig worden geacht. Deze beschikking wordt aan partijen betekend.

In geval het Hof artikel 23 van het Statuut (1) toepast, stelt het in de beschikking het voorschot vast en de termijn waarbinnen dit ter griffie moet worden gedeponereerd.

2. De volgende maatregelen van instructie kunnen met name worden bevolen :

- a) verzoek om inlichtingen en overlegging van stukken ;
- b) getuigenbewijs ;
- c) deskundigenonderzoek ;
- d) plaatsopneming.

3. Het Hof gaat tot de bevolen maatregelen van instructie over of belast daarmee een of meer zijner leden.

4. Partijen zijn gerechtigd de instructie bij te wonen.

Artikel 20

1. Het Hof kan ambtshalve of op verzoek van partijen het verhoor van getuigen bevelen. De beschikking van het Hof vermeldt de te bewijzen feiten.

De getuigen worden door het Hof opgeroepen, hetzij ambtshalve, hetzij op verzoek van partijen.

De partij die het horen van een getuige verzoekt, geeft daarbij nauwkeurig de feiten aan, waarop dit verhoor betrekking zal hebben, alsmede de redenen welke dit verhoor rechtvaardigen.

2. De getuigen, wier verhoor noodzakelijk wordt geacht, worden opgeroepen uit kracht van een beschikking van het Hof, welke bevat :

- a) de naam, de voornamen, de hoedanigheid en de verblijfplaats der getuigen ;
- b) de feiten ten aanzien waarvan de getuigen zullen worden gehoord ;
- c) zo nodig, de door het Hof getroffen regeling nopens de vergoeding van de door de getuigen gemaakte kosten en de vermelding van de op gebrekige getuigen toepasselijke bepalingen.

(1) Artikel 23 van het Statuut van 30 maart 1965 is identiek met artikel 22 van het Statuut van 29 juli 1969. Zie blz. 106.

3. Deze beschikking wordt aan partijen en de getuigen betekend.
4. Iedere betekening aan getuigen wordt door de griffie gedaan door tussenkomst van de Regering van de Staat op welks grondgebied deze betekening effect moet sorteren.
5. Nadat de identiteit van de getuigen is vastgesteld, wordt hun voorgehouden, dat zij hun verklaringen onder ede zullen moeten bevestigen.

De partijen worden door het Hof of de met de enquête belaste rechters gehoord ; partijen worden daartoe opgeroepen. Nadat de getuigen hun verklaring hebben afgelegd, kan de President hun, hetzij op verzoek van partijen, hetzij ambtshalve, vragen stellen.

Gelijke bevoegdheid komt toe aan ieder lid van het Hof.

6. Na zijn verklaring legt de getuige de eed af dat hij de waarheid, de volle waarheid en niets dan de waarheid heeft gezegd.

De eed wordt afgelegd op de wijze, voorzien in de nationale wetgeving van de getuige.

Het Hof kan evenwel, met goedvinden van partijen, de getuige ontheffen van de plicht tot eedsaflegging.

7. Onder toezicht van de President of van de met de enquête belaste rechters wordt proces-verbaal van iedere getuigenverklaring opgemaakt. Na voorlezing wordt dit proces-verbaal ondertekend door de getuige, de President of een lid van het Hof, en de in paragraaf 1 van artikel 1 van dit reglement bedoelde ambtenaar.

Artikel 21

1. Het Hof kan een deskundigenonderzoek bevelen. In de beschikking, waarbij de deskundige wordt benoemd, wordt diens taak nauwkeurig omschreven en de termijn bepaald waarbinnen hij zijn rapport zal indienen.

2. De deskundige ontvangt een afschrift van de beschikking, alsmede alle voor de uitvoering van zijn taak benodigde stukken. Hij staat onder toezicht van een daartoe door het Hof aangewezen

lid, dat het deskundigenonderzoek kan bijwonen en van deszelfs verloop op de hoogte wordt gehouden.

3. Het Hof kan op verzoek van de deskundige getuigen horen; het verhoor vindt plaats op de wijze als in artikel 20 van dit reglement voorzien. Het Hof kan de deskundige eveneens machtigen tot het horen van derden.

4. De deskundige mag zijn oordeel slechts geven op de punten welke hem uitdrukkelijk zijn voorgelegd.

5. Na de nederlegging van het rapport kan het Hof bevelen, dat de deskundige zal worden gehoord; partijen worden hiertoe opgeroepen.

6. Na zijn rapport te hebben ingediend, legt de deskundige voor het Hof de eed af dat hij zijn taak naar geweten en in volkomen onpartijdigheid heeft vervuld.

De eed wordt afgelegd op de wijze, voorzien in de nationale wetgeving van de deskundige.

Het Hof kan evenwel, met goedvinden van partijen, de deskundige ontheffen van de plicht tot eedsaflegging.

Artikel 22

1. Wanneer een van de partijen een getuige of deskundige wraakt wegens onbekwaamheid, onwaardigheid of enige andere reden, of wanneer een getuige of deskundige weigert te getuigen of een rapport uit te brengen dan wel de eed af te leggen, beslist het Hof.

2. De wraking van een getuige of van een deskundige geschiedt binnen een maand na de betekening van de beschikking, krachtens welke de getuige wordt opgeroepen of waarbij de deskundige wordt benoemd, en bij een akte bevattende de redenen der wraking, alsmede het bewijsaanbod.

Artikel 23

1. De getuigen en de deskundigen hebben recht op vergoeding van hun reis- en verblijfkosten. Hun kan ter zake door het Hof een voorschot worden verstrekt.

2. De getuigen hebben recht op een schadeloosstelling en de deskundigen op honorarium.

Deze bedragen worden aan de getuigen en de deskundigen betaald, nadat zij hun verklaringen hebben afgelegd of hun taak hebben volbracht.

Artikel 24

Partijen kunnen ter griffie kennis nemen van de processen-verbaal van de enquête, alsmede van het rapport van de deskundige en daarvan voor eigen rekening afschrift verkrijgen.

Artikel 25

De instructie wordt door de President gesloten verklaard.

Van de mondelinge behandeling

Artikel 26

1. Tenzij het Hof anders bepaalt zijn de terechtzittingen publiek.

2. Indien behandeling met gesloten deuren wordt bevolen mag het verslag van de zitting, noch enige andere mededeling met betrekking tot het verhandelde, openbaar worden gemaakt.

Artikel 27

Tijdens de mondelinge behandeling kunnen de leden van het Hof vragen stellen aan de gemachtigden, advocaten of raadslieden van partijen.

Artikel 28

Partijen kunnen slechts bij monde van hun gemachtigden, advocaten of raadslieden pleiten.

Artikel 29

De mondelinge behandeling wordt door de President gesloten.

Artikel 30

Het Hof kan in iedere stand van het geding zowel een maatregel van instructie bevelen, als gelasten dat een instructiehandeling opnieuw of in uitgebreidere vorm wordt verricht. Het kan een of meer zijner leden met de uitvoering dier maatregelen belasten.

Artikel 31

Het Hof kan de heropening van de mondelinge behandeling bevelen.

Van de scheidsrechterlijke uitspraken

Artikel 32

De scheidsrechterlijke uitspraak bevat :

- de vermelding dat zij door het Hof is geweest ;
- de datum ;
- de namen van de President en de leden die aan de beraadslagingen hebben deelgenomen ;
- de aanduiding van de partijen ;
- de namen van de gemachtigden, advocaten of raadslieden van partijen ;
- een summier uiteenzetting der feiten en van de vorderingen van partijen ;
- de rechtsoverwegingen ;
- het dictum, de beslissing ten aanzien van de proceskosten daaronder begrepen.

Artikel 33

De scheidsrechterlijke uitspraken worden in de door de partijen gekozen officiële talen gegeven ; de tekst geredigeerd in de door de eisende partij gekozen taal is verbindend.

Zij worden in openbare terechtzitting uitgesproken ; partijen worden daartoe opgeroepen.

Artikel 34

1. Nadat de minuut van de scheidsrechterlijke uitspraak is ondertekend door de in paragraaf 1 van artikel 1 van dit reglement bedoelde ambtenaar, wordt het van het zegel van het Hof voorzien en ter griffie gedeponereerd ; een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift wordt door de griffie aan elk der partijen betekend.
2. Ter fine van mededeling aan de Lid-Statens, de geassocieerde Statens en de Gemeenschap wanneer deze geen partij waren bij het geschil, worden de scheidsrechterlijke uitspraken door de griffie aan de Associatieraad betekend.
3. Op de minuut van de uitspraak wordt de dag aangetekend waarop zij aan partijen werd betekend.

Artikel 35

1. In geval van een klaarblijkelijke feitelijke vergissing in de scheidsrechterlijke uitspraak, kan deze door het Hof — hetzij ambtshalve, hetzij op verzoek van een der partijen — binnen een maand na de betekening der uitspraak aan partijen worden hersteld. In het laatste geval kan de andere partij, aan wie daartoe door de griffie vooraf behoort bericht is gedaan, binnen een door de President te bepalen termijn schriftelijke opmerkingen indienen.
2. De beslissing tot rectificatie van de uitspraak kan worden genomen bij wege van schriftelijke raadpleging van de leden van het Hof.
3. De minuut der beschikking waarbij de rectificatie wordt bevolen, wordt aan de minuut van de gerectificeerde uitspraak gehecht. In margine van laatstgenoemde uitspraak wordt van bedoelde beschikking aantekening gedaan.

Van de proceskosten

Artikel 36

1. Het Hof stelt het bedrag der door elk van de partijen te betalen invorderbare kosten vast. In geval van geschil nopens de invorderbare kosten beslist het Hof bij beschikking op verzoek van de betrokken partij, na de wederpartij in de gelegenheid te hebben gesteld haar schriftelijke opmerkingen voor te leggen.
2. Partijen kunnen ter fine van executie een expeditie van de beschikking verlangen.
3. De beschikking kan worden genomen bij wege van schriftelijke raadpleging van de leden van het Hof.

Artikel 37

1. Het Hof doet de betalingen verrichten in de geldsoort van het land waar het is gevestigd.
Op verzoek van de belanghebbende geschieden de betalingen in de geldsoort van het land waar de invorderbare kosten werden gemaakt of waar de handelingen werden verricht welke tot schade-loosstelling aanleiding gaven.
2. De overige schuldenaren doen hun betalingen in de geldsoort van hun land van herkomst.
3. De omrekening der geldsoorten geschiedt volgens de officiële wisselkoers, welke op de dag van betaling geldt in het land waar het Hof is gevestigd.

Van de betekening

Artikel 38

1. De betekeningen, voorzien in dit reglement, geschieden door de griffie aan de woonplaats van de geadresseerde, hetzij door toezending bij aangetekende postzending met bericht van ontvangst van

een afschrift van de akte welke wordt betekend, hetzij door terhandstelling van dit afschrift tegen ontvangstbewijs.

De kopieën van het te betekenen origineel worden door de in paragraaf 1 van artikel 1 van dit reglement bedoelde ambtenaar opgemaakt en voor eensluidend afschrift gewaarmerkt, tenzij die afschriften afkomstig zijn van de partijen zelf overeenkomstig artikel 11, paragraaf 1, van dit reglement.

2. Het bewijs van verzending en het bericht van ontvangst of het ontvangstbewijs worden aan het origineel van de akte gehecht.

Van de afstand van instantie

Artikel 39

Indien partijen, alvorens het Hof uitspraak heeft gedaan, overeenstemming hebben bereikt over de regeling van het geschil en aan het Hof meedelen dat zij van elke aanspraak afzien, beveelt het Hof de doorhaling van de zaak in het register en beslist het over de eventueel gemaakte kosten.

Artikel 40

Indien de eisende partij schriftelijk aan het Hof bericht, dat zij afstand wenst te doen van instantie, beveelt het Hof de doorhaling van de zaak in het register en beslist over de eventueel gemaakte kosten.

Slotbepaling

Artikel 41

Dit reglement, opgesteld in de vier in artikel 64 van de Associatieovereenkomst (1) bedoelde talen wordt aan de Associatierraad toegezonden ter mededeling aan de Lid-Staten, aan de geassocieerde Staten en aan de Gemeenschap. De vier teksten zijn authentiek.

(1) Artikel 64 van de Associatieovereenkomst van 20 juni 1963 is identiek met artikel 66 van de Associatieovereenkomst van 29 juli 1969. De vier talen zijn : Duits, Frans, Italiaans en Nederlands.

Court of Arbitration

**of the Association between the European Economic Community
and the African and Malagasy States
associated with the Community**

CONTENTS

I - Convention of Association of July 29th, 1969 (Articles 41 and 53)	127
II - Protocol No. 9 of July 29th, 1969 on privileges and immunities (Article 11)	129
III - Protocol No. 10 of July 29th, 1969 concerning the operating expenses of the Institutions of the Association (Article 3)	130
IV - Statute of the Court of Arbitration	131
V - Rules of procedure of the Court of Arbitration	138

I - CONVENTION OF ASSOCIATION OF JULY 29th, 1969⁽¹⁾

Article 41

The Institutions of the Association shall be:

- a) the Association Council assisted by the Association Committee,
- b) the Parliamentary Conference of the Association,
- c) the Court of Arbitration of the Association.

Article 53

1. Any dispute concerning the interpretation or the application of the present Convention which arises between one Member State, several Member States or the Community on the one hand, and one or more Associated States on the other, shall be submitted by one of the parties to the dispute to the Association Council, which shall seek an amicable settlement at its subsequent meeting. If the Association Council cannot achieve such a settlement and if the parties to the dispute fail to agree upon an appropriate solution, the dispute shall, at the request of the earliest petitioner, be submitted to the Court of Arbitration of the Association.

2. The Court of Arbitration shall be composed of five Members : a President who shall be appointed by the Association Council and four Judges chosen from among persons whose independence and competence can be fully guaranteed. The Judges shall

(1) Translation.

be appointed by the Association Council within three months after the entry into force of the Convention and for the duration thereof. Two of the Judges shall be nominated by the Council of the European Communities and the other two by the Associated States. For each Judge, following the same procedure, the Association Council shall appoint an alternate who shall sit in the event of the accredited Judge being unable to do so.

3. The Court of Arbitration shall act by majority vote.

4. The decisions of the Court of Arbitration shall be binding on the parties to the dispute who shall be under the obligation to take all necessary measures to carry them out.

5. The Statute of the Court of Arbitration is contained in Protocol No. 8 to this Convention⁽¹⁾. On the proposal of the Court of Arbitration, the Association Council may make any amendment to the said Statute.

6. The Court of Arbitration shall adopt its rules of procedure⁽²⁾ at its first session.

⁽¹⁾ See p. 131.

⁽²⁾ See p. 138.

II - PROTOCOL No. 9 OF JULY 29th, 1969 ON PRIVILEGES AND IMMUNITIES⁽¹⁾

Article 11

The provisions of Article 53 of the Convention⁽²⁾ shall apply to any disputes relating to this Protocol.

The Co-ordinating Council and the European Investment Bank may be party to a suit before the Court of Arbitration of the Association.

⁽¹⁾ Translation.

⁽²⁾ See p. 127.

III - PROTOCOL No. 10 OF JULY 29th, 1969 CONCERNING
THE OPERATING EXPENSES OF THE INSTITUTIONS OF
THE ASSOCIATION⁽¹⁾

Article 3

Members of the Court of Arbitration shall be entitled to have their travel and subsistence expenses refunded. The latter shall be fixed at 20 units of account for each day during which Members of the Court of Arbitration sit. These sums shall be paid to them by the Court of Arbitration.

The travel and subsistence expenses of the Members of the Court of Arbitration shall be met as to one half by the Community and as to the other half by the Associated States.

Expenditure relating to the Registry of the Court of Arbitration, to formal inquiries into disputes and to the material organization of hearings (premises, personnel, interpretation, etc.) shall be borne by the Community.

Expenditure relating to special inquiries shall be settled by the Court of Arbitration with the other costs under the terms laid down by its Statute; to cover such expenditure, the parties shall advance deposits under the terms laid down by the Order of the Court of Arbitration, or of its President, in which such measures are prescribed.

⁽¹⁾ Translation.

IV - STATUTE OF THE COURT OF ARBITRATION⁽¹⁾

Article 1

The Court established by Article 41 of the Convention⁽²⁾ shall be constituted and shall perform its duties in accordance with the provisions of the Convention and of the present Statute.

CHAPTER I

Members of the Court

Article 2

Judges and alternate Judges shall be appointed for the duration of the Convention. In the event of the death or resignation of a Judge or an alternate Judge, the President of the Court shall notify the Association Council, which shall immediately appoint a new Judge or alternate Judge on nomination by the Council of the European Communities or by the Associated States, as the case may be.

Judges and alternate Judges who have resigned shall remain in office until their successor has been appointed.

Article 3

Members or alternate Members of the Court shall take a public oath to discharge their duties conscientiously and with complete impartiality and to preserve the secrecy of the deliberations. This oath shall be taken, in the form prescribed by the national legis-

(1) Translation Protocol No. 8 of July 29th, 1969.

(2) See p. 127.

lation of each Member or alternate Member, during the first public sitting following their appointment.

Article 4

The President of the Court shall be appointed for the duration of the Convention. In the event of the President's demise or resignation, the Court shall inform the Association Council, which shall immediately appoint a new President.

If the President resigns, he shall remain in office until his successor has been appointed.

Article 5

If, for some special reason, one of the Members of the Court considers that he should not take part in the judgment of a particular case, he shall so inform the Court, which shall decide in the matter.

If the President considers that one of the Judges of the Court should not, for some special reason, take part in the judgment of a particular case, he shall lay the matter before the Court, which shall decide thereon.

Article 6

In the event of a Judge being unable to attend, his alternate shall replace him temporarily under the conditions laid down in Article 11(3); should this alternate likewise be unable to attend, the alternate of the other Judge appointed on the same list of nominees shall replace him under the same conditions.

Article 7

In the event of the President being unable to attend, for any reason other than his demise, the Association Council may assign a person to replace him provisionally in respect of all or part of his functions.

Article 8

In the interest of the Court's performance of its duties, the Members of the Court shall enjoy the privileges, immunities and facilities normally accorded to the Members of international law courts and international arbitral tribunals.

In this connection, they shall enjoy legal immunity in respect of acts performed by them in their official capacity. They shall retain this immunity after the expiry of their term of office.

With the exception of the immunity protecting the acts referred to in the preceding paragraph, the Court may suspend the immunities provided for in this Article.

CHAPTER II

Organization and services of the Court

Article 9

The Court shall sit where the Court of Justice of the European Communities sits.

Article 10

The operation of the services of the Court and in particular of its Registry shall be ensured by the services of the Court of Justice of the European Communities.

CHAPTER III

The operation of the Court

Article 11

The Court shall convene in sessions whenever the need arises, at the notice of its President.

In order to be valid, the Court's sessions and deliberations shall be attended by the President and by four Judges.

An alternate Judge who is called upon to sit on the Court in a dispute shall continue to do so until the dispute is resolved.

Article 12

Parties to a dispute shall be represented by one or more agents appointed to this effect. The agent may be assisted by a legal adviser or a qualified legal representative who is admitted to the Bar in a Member State or an Associated State, or by a University teacher being a national of a Member State or Associated State whose domestic law gives him the right of audience.

Article 13

Agents, legal advisers and qualified legal representatives who appear before the Court shall enjoy the usual privileges and immunities throughout the duration of their functions, including time spent in travelling for the performance thereof.

In this connection, they shall in particular enjoy legal immunity in respect of statements or writings relating to the proceedings.

The Court may suspend the privileges and immunities provided for in the first paragraph above, where it considers that such suspension is not contrary to the interests of the proceedings.

Article 14

The procedure shall be contentious ; the details thereof shall be established by the present Statute and by the Rules of Procedure of the Court.

Article 15

Proceedings before the Court shall be instituted by a petition to which the defendant shall be allowed to reply within a time-limit set by the President.

The petition shall contain:

- a) a statement of the subject at dispute;

- b) a summary of the facts establishing that an amicable settlement has not been obtained from the Association Council and that the parties have not reached an appropriate settlement of the dispute;
- c) the submissions of the petitioning party;
- d) a summary statement of the arguments at law.

Article 16

The Registry shall transmit a copy of the petition to the Association Council, which shall notify it to the Member States, to the Community and to the Associated States, who may present to the Court their observations in writing; they may do so up to the closure of the written proceedings provided for by the Rules of Procedure, without being considered as becoming parties to the dispute thereby.

Where the present Statute provides for the opening of oral proceedings, States which have submitted written observations are entitled to be represented before the Court. The same provision shall apply to the Community.

Article 17

The deliberations of the Court shall be and shall remain secret.

Article 18

The awards of the Court shall be reasoned and shall name the Members who took part in the deliberations and decisions.

They shall be read in open court.

In matters of costs, the Court shall rule *ex aequo et bono*.

Article 19

Proceedings before the Court, both written and oral, may be in any of the four languages specified by Article 66 of the Conven-

tion⁽¹⁾. The translation of documents and pleadings shall be undertaken, under the responsibility of the Registry, whenever such translation is requested by one of the parties or by a Member State or an Associated State which has availed itself of the provisions of Article 16.

Article 20

The Court may make formal inquiries, or order such inquiries to be made.

Witnesses duly summoned shall comply with the summons and shall report at the sitting.

The Court may report to the domestic authorities cases of perjury, default of witnesses or their subornation.

Article 21

The Court may request the parties to submit all documents and to furnish all information which it deems desirable.

The Court may likewise ask the Association Council, the Community, the Member States and the Associated States who are not parties to the dispute, to furnish all information it considers necessary for the settlement of the dispute.

Article 22

Whenever the Court decides, either at the request of one of the parties or on its own authority, to have recourse to special means of inquiry, it shall order the parties or one of the parties to deposit, in a special account, advances which it considers necessary for carrying out such inquiries.

(¹) Article 66 of the Convention stipulates:

The present Convention, drawn up in a single original in the German, French, Italian and Dutch languages, each of these texts being equally authentic, shall be deposited in the archives of the Secretariat of the Council of the European Communities, which shall transmit a certified copy to the Government of each of the Signatory States.

When deciding on costs, the Court shall rule on the apportioning of this sum.

Article 23

Recoverable costs shall be actual expenditures incurred by the parties in order to defend their rights, especially the travel and subsistence expenses and remuneration of an agent or a lawyer representing or assisting the parties in Court, as well as costs relating to the special means of inquiry within the meaning of Article 22.

CHAPTER IV

Operating expenses of the Court

Article 24

The travel and subsistence expenses of the members of the Court, mentioned in Article 3(2) of Protocol No. 10⁽¹⁾, shall be met by advances provided by the Court of Justice of the European Communities.

At the end of each year, the President of the Court of Arbitration shall forward to the Association Council a detailed account of the sums paid out for this purpose together with a special report on expenditures incurred and all documentary evidence relating thereto.

This account shall be approved by the Association Council which shall order the repayment thereof within two months of its decision. Such payment shall be met as to one half by the Community, and as to the other half, shall be divided among the Associated States.

(1) See p. 130.

V - RULES OF PROCEDURE OF THE COURT OF ARBITRATION⁽¹⁾

Administration of the Court

Article 1

1. The Registry, under the responsibility of an officer of the European Court of Justice designated to this effect, shall maintain a roll, signed by the President, in which shall be entered, in the chronological order of their submission, all documents relating to the proceedings and all supporting documents.
2. Mention shall be made on each original document and on such copies thereof as the parties shall present to this effect that the document has been placed on the roll.
3. The placing on the roll, and the mention provided for in the preceding paragraph shall constitute authentic acts.
4. Any interested party may consult the roll, and obtain copies or extracts thereof by paying the rates established by the Court of Justice of the European Communities.

Furthermore, each party to a dispute may obtain, by paying the appropriate rates, copies of the briefs of proceedings and copies of the Court's orders and awards.

Article 2

Under the authority of the President, the Registry shall be responsible for the reception, the transmission and the storage of all documents and summonses mentioned in the present rules of procedure.

⁽¹⁾ Done at Luxembourg on March 15th, 1966 (Translation).

Article 3

The officer designated under paragraph 1 article 1 of the present rules shall be responsible for the archives and care of the Court's publications.

A collection of the Court's case-law (*Recueil de Jurisprudence*) shall be published under the responsibility of the Registry.

Functioning of the Court

Article 4

The date and hour of the sittings of the Court shall be determined by the President.

Article 5

1. The deliberations of the Court will take place in Council.
2. Whenever oral proceedings have taken place, only those Members having been present during these proceedings shall take part in the final deliberations.
3. At the request of a Member, each question is put in the official language of his choice, and communicated in writing to the Court, before being put to the vote.
4. The conclusions adopted after a final discussion by the majority of Members participating in the deliberations shall determine the decisions of the Court.

Article 6

1. The official languages of the Court shall be: Dutch, French, German, Italian.
2. Each party may use the official language of his choice.
3. Whenever witnesses or experts declare not to be able to express themselves properly in one of the official languages, the Court shall authorize them to make their statement in another

language. The Registry shall be responsible for providing translation into the official languages used by the parties.

4. Members of the Court may use an official language other than those used by the parties. The Registry shall be responsible for providing translation into the official languages used by the parties.

5. At the request of a Member, or a party to the dispute, the Registry shall provide translation, into the official language requested, of all oral or written utterances made during the proceedings.

Article 7

The publications of the Court shall be in the official languages.

Rights and obligations of agents, legal advisers or qualified legal representatives

Article 8

In order to enjoy the privileges and immunities mentioned in article 14 of the Statute of the Court⁽¹⁾:

- a) agents shall establish their official capacity by a document issued by the State or the Community which they represent; copy of this document shall be immediately transmitted to the Registry by the State or the Community concerned;
- b) legal advisers and qualified legal representatives shall obtain a document of identity delivered by the Registry. The validity of this document shall be limited to a determined period; it may be extended or restricted according to the duration of the proceedings.

⁽¹⁾ Article 14 of the Statute of March 30th, 1965 is identical with Article 13 of the Statute of July 29th, 1969. See p. 134.

Article 9

1. An agent, legal adviser or qualified legal representative whose bearing in Court or in the presence of a magistrate is incompatible with the dignity of the Court, or who puts the rights deriving from his functions to other uses than those for which they have been conferred upon him, may at any moment be removed from the proceedings by an order of the Court, it being understood that proper defence of the interested party shall be safeguarded.

This order shall be immediately executory.

2. Whenever an agent, legal adviser or qualified legal representative has been excluded from the proceedings, these shall be suspended until the expiration of the time-limit set by the President, in order to enable the interested party to designate another agent, legal adviser or qualified legal representative.

3. Decisions taken under this article may be recalled.

Article 10

Provisions of articles 8 and 9 of the present rules shall apply to University teachers referred to in article 13 of the Statute⁽¹⁾.

Procedure

Article 11

1. The original of each brief or other document relating to the proceedings shall be signed by the agent or by the qualified legal representative representing the party and shall be deposited with the Registry.

The original shall be submitted with as many copies as there are parties to the dispute, plus one copy for the Association Council.

(¹) Article 13 of the Statute of March 30th, 1965 is identical with Article 12 of the Statute of July 29th, 1969. See p. 134.

2. Each document relating to the proceedings shall be given the date on which it is deposited with the Registry.

The Registry shall acknowledge receipt of each document.

3. Whenever necessary, a file containing the exhibits and documents supporting a claim, together with a detailed list of these enclosures shall accompany each brief.

4. If the bulk of an exhibit or a document does permit only an extract of it to be appended to the brief, the complete exhibit or document, or a complete copy thereof shall be submitted to the Registry.

5. A copy of every document relating to the proceedings shall be delivered to the parties and to the Association Council.

Article 12

1. The petition mentioned in article 51 of the Convention of Association⁽¹⁾ and in article 16 of the Statute of the Court⁽²⁾ shall contain a summary of the facts establishing that a prejudicial settlement from the Association Council has not been obtained and that the parties have not reached an appropriate settlement of the dispute. It shall further contain :

- a) the name of the petitioning party (claimant) and its legal residence;
- b) the designation of the party against whom the petition is filed;
- c) the subject of the dispute and a summary statement of the arguments at law;
- d) the reasoned claim of the petitioning party;
- e) the means of proof, whenever necessary.

(1) Article 51 of the Convention of Juni 20th, 1963 is identical with Article 53 of the Convention of July 29th, 1969. See p. 127.

(2) Article 16 of the Statute of March 30th, 1965 is identical with Article 15 of the Statute of July 29th, 1969. See p. 134.

2. The qualified legal representative assisting a party shall deposit with the Registry a document of identity, stating that he is admitted to the Bar in a Member State or an Associated State.

The University teacher who assists a party shall deposit with the Registry a document stating that he is entitled under his national legislation to plead before Municipal courts.

3. If the petition does not conform to the conditions of paragraphs 1 and 2 of the present article, the President shall impart to the petitioning party a reasonable time-limit within which to produce a proper petition, or the exhibits and documents mentioned above. Failing such regularization, or such submission within the prescribed time-limit, the Court shall decide whether failure to comply with these conditions entails formal inadmissibility of the petition.

Article 13

Within the time-limit set by the President, the defendant party shall submit a counter-petition. This memorial shall contain:

- a) name of the defendant party and its legal residence;
- b) arguments of fact and law;
- c) conclusions of the defendant party;
- d) offers of proof.

The rules of article 12, paragraph 2, above shall apply.

Article 14

The petitioning party may submit a reply to the counter-petition within three weeks of its notification. The defendant party may in that case file a rejoinder. The President shall set the necessary time-limits.

Article 15

Parties may still offer proof supporting their arguments in a reply and a rejoinder. They shall justify any delay in presenting proof.

Article 16

After having heard the parties, the Court may at any time, if there exists a connexion between several disputes, decide to join these disputes with regard to the written or oral proceedings, or the final award. It may disjoin them.

Article 17

The President having declared the closure of the written stage of proceedings, the Court shall decide, by written consultation of its Members if necessary, whether it should proceed to an inquiry as to the facts of the case.

Article 18

After the written proceedings and the enquiry have been closed, the President shall fix the date of oral proceedings unless parties decide to forego them.

Inquiry

Article 19

1. The Court shall determine what means of inquiry shall be applied, by an order setting out the facts to be proved. The order shall be notified to the parties.

Whenever the Court applies article 23 of the Statute⁽¹⁾, the order shall determine the amount of the advance, and a time-limit within which it shall be paid.

2. Means of inquiry include:

- a) request for information and submission of supporting documents;
- b) evidence by witnesses;

(1) Article 23 of the Statute of March 30th, 1965 is identical with Article 22 of the Statute of July 29th, 1969. See p. 136.

- c) experts' reports;
- d) local inspections.

3. The Court shall proceed with the means of inquiry it has ordered, or shall assign this task to one or more of its Members.

4. Parties may assist in the inquiry.

Article 20

1. The Court may order witnesses to be heard *ex officio* or at the request of the parties. The order of the Court shall establish the facts to be proved.

Witnesses shall be summoned by the Court, *ex officio*, or at the request of parties.

The request of a party that a witness be heard shall mention in detail the facts on which the witness should be heard, and such reasons as may justify his hearing.

2. The witnesses whose hearing is deemed necessary shall be summoned by an order of Court which shall contain:

- a) name, christian name, profession and residence of witnesses;
- b) enumeration of the facts on which the witnesses shall be called to give evidence;
- c) whenever necessary, details regarding the Court's decision on reimbursement of actual cost to the witnesses, and penalties applying to defaulting witnesses.

3. This order shall be notified to the parties and to the witnesses.

4. The Registry shall notify witnesses through the government of the State in the territory of which the summons shall be delivered.

5. After establishing the identity of the witnesses, the President shall inform them that they shall conform their statement by oath.

The witnesses shall be heard in Court at a Magistrates' inquest, the parties being present. After their statement, witnesses may be

questioned by the President, acting ex officio, or at the request of the parties.

The same right shall pertain to each Member of the Court.

6. After having given evidence, the witness shall swear to have said the truth, the whole truth and nothing but the truth.

The oath shall be taken in the form prescribed by the legislation of the State of which the witness is a national.

If the parties agree, the Court may excuse the witness from the oath.

7. Under the supervision of the President or the inquiring Magistrates, a verbatim account of each statement shall be established. After reading the statement, this shall be signed by the witness, by the President or a Member and by the officer designated under paragraph 1 article 1 of the present rules.

Article 21

1. The Court may order an expert's report. The order appointing the expert shall define his assignment and establish a time-limit for the submission of his report.

2. The expert shall receive a copy of the order and of all exhibits and documents necessary for the accomplishment of his assignment. He shall be placed under the supervision of a Member of the Court, designated to this effect by the Court who may assist the expert's activities and who shall be kept informed of the progress the expert is making on his assignment.

3. At the request of the expert, the Court may decide to proceed to the hearing of witnesses, who shall be summoned and heard according to the rules of article 20 above. The Court may authorize the expert to hear third parties.

4. The expert shall deliver his opinion only on those points which have been expressly put to him.

5. After the expert has submitted his report, the Court may order that he be heard in the presence of the parties.

6. After having submitted his report, the expert shall swear before the Court that he has accomplished his assignment in all conscience and in all impartiality.

The oath shall be taken in the form prescribed by the legislation of the State of which the expert is a national.

If the parties so agree, the Court may excuse the expert from the oath.

Article 22

1. If one of the parties should recuse a witness or an expert for reasons of incapacity, indignity, or any other cause or if a witness or an expert should refuse to make a statement or to take the oath, the Court shall give an interlocutory ruling.

2. Objections to a witness or to an expert shall be made within one month from the serving of the Court order which summons the witness or assigns the expert; the objection shall indicate the reasons and offer of proof for the arguments.

Article 23

1. Witnesses and experts shall be entitled to reimbursement of their travel and subsistence costs. An advance on these costs may be paid to them by the Court.

2. Witnesses shall be entitled to an indemnity and the experts shall be entitled to remuneration of their work.

These indemnities or remunerations shall be paid to witnesses and experts after their hearing or after the accomplishment of their assignment.

Article 24

Parties may examine reports of inquiry or experts' reports in the Registry; they may obtain copies at their expense.

Article 25

The President shall declare the inquiry closed.

Oral proceedings

Article 26

1. Except when the Court decides otherwise, its sittings shall be public.
2. The decision to sit in private session shall entail prohibition to publish the accounts of the deliberations, or any other information relating thereto.

Article 27

In the course of oral proceedings, Members of the Court may put questions to the agents, legal advisers or qualified legal representatives of the parties.

Article 28

Parties may plead only through their agents, legal advisers or qualified legal representatives.

Article 29

The President shall declare the closure of the oral proceedings.

Article 30

The Court may at any moment order an inquiry, or the renewal and enlargement of such an inquiry. It may assign to one or more of its Members the implementation of this order.

Article 31

The Court may order the re-opening of oral proceedings.